

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

47 (1.12.1948)

Badisches VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2 Nr. 49

Mannheim, 1. Dezember 1948

Preis 15 Pfg.

Das Rezept, bei dem man angelangt ist

Tolle Geschichtsfälschungen im Zeichen der Remilitarisierung Westdeutschlands

Was sich zunächst als widerliche Anbiederung einiger westdeutscher Provinzzeitungen darstellte, die Deutschen im Programm der Wiederaufrüstung der Westmächte ja nicht zu vergessen, hat sich inzwischen als Ausdruck einer tatsächlich vorgehenden Remilitarisierung Westdeutschlands erwiesen. Daran ändert nichts, daß die Hetze gegen eine angebliche Militarisierung in der Ostzone, die propagandistische Begründung dafür abgeben mußte. Daß Eugen Kogon, ein gewichtiger CDU-Politiker und Verfasser des Buches „Der SS-Staat“, in einer Pressekonferenz nicht nur sein Erstaunen, sondern auch die Bestätigung für eine neu im Entstehen begriffene deutsche Armee in den Westzonen gab, ist nur einer von vielen inzwischen sichtbar gewordenen Beweisen dieser Tatsache.

Wenn man schon die deutsche Industrie als Rüstungspotential zum Spekulationsobjekt macht, die Bevölkerung als Kanonenfutter in die Rechnung bestimmter Mächte einsetzt, dann muß man einige Spuren der Vergangenheit verwischen. Die „Neue Zeitung“ gibt ein Musterbeispiel dafür. Aus der USA läßt man sich durch Sonderkorrespondenten den „Wandel in der Einstellung gegenüber dem deutschen Volk“ berichten. Uns in Deutschland „können sie nicht im Stich lassen“. Mit einem plausiblen Erzählerton soll der Stimmungsumschwung im deutschen Volk erreicht werden, der den Zwecken militärstrategischer Planungen die gewünschten Voraussetzungen schaffen soll. „Uns kann man nicht im Stich lassen“, damit wir vor den Karren des USA-Imperialismus gespannt und für seine Ziele mobilisiert werden können. Aus unseren Erfahrungen mit dem Marshallplan kennen wir Melodie und Absicht. Man ist immer selbstlos und handelt „nur“ zum Wohle der anderen, nie im eigenen Interesse.

Heute erzählt man uns, daß man in den USA längst davon abgekommen sei, das deutsche Volk mit Hitler gleichzusetzen. Zum Beweise werden dafür literarische amerikanische Auslassungen zitiert, aus denen hervorgeht, daß es doch einen „deutschen Widerstand“ gab. Es ist dabei nicht überraschend, daß dieser „deutsche Widerstand“ nur in der Generalrevolte und bei denen, die wie Halder und andere mit dieser Mär die Entnazifizierung überstanden, gesehen wird. Derer, die wirklich Widerstand leisteten, nämlich der Kommunisten und Sozialisten, die nicht erst ihre Gegensätze zu Hitler entdeckten, als es höchste Zeit war, das sinkende Schiff zu verlassen, wurde bei der Aufzählung amerikanischer Bestätigungen eines deutschen Widerstandes mit keiner Zeile Erwähnung getan. Eine grobliche Geschichtsfälschung, verständlich, weil man ja jene — auch die ausgesprochensten Militaristen — wieder hoffähig machen muß, um sie zu Figuren zu machen, mit denen man zu spielen gedankt.

Die „Neue Zeitung“ treibt es aber in dem Bericht ihres Sonderkorrespondenten in den USA, Norbert Mühlens, noch etwas toller. Der Morgenthauplan sei erledigt, wird uns versichert. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht die Zweispieltigkeit der Politik, der wir ausgesetzt sind, aufzeigen oder einen „gewissen Wandel“ bestreiten. Aber daß uns mit der größten Selbstverständlichkeit aufgetischt wird: „Heute besteht bereits starker Verdacht für die Annahme, daß dieser Plan (Morgenthauplan) auf indirekten und schwer aufspürbaren Wegen aus Moskau in die amerikanische Politik geschmuggelt wurde“, ist mehr als ein tolles Stück. Ja, es heißt sogar weiter: „Heute scheint festzustehen, daß Beamte im Finanzministerium die eigentlichen Autoren des nach dem Finanzminister genannten Plans und zumindestens in ihrer Denkweise von Kommunisten beeinflusst waren“. Höher geht nicht mehr im Maß der Verfälschung geschichtlicher Tatsachen und in dem Maß von Dummheit, das man bei dem deutschen Volk voraussetzt. Der amerikanische Präsident gibt den Auftrag zu diesem Plan, der Finanzminister arbeitet ihn aus, die Politik der USA hat für Jahre in ihm ihre Grundlage — und hat sie in wesentlichen Teilen auch heute noch — und dann möchte man ihn verleugnen, weil er und die durch ihn geschaffenen Tatsachen für das deutsche Volk so bitter sind, und schnell hat man die Zauberformel gefunden, mit dem „es scheint, er war von den Kommunisten beeinflusst“. Nächstens erzählt

man uns, Franklin Roosevelt, Morgenthau, fast alle verantwortlichen Regierungsmänner in den USA waren jahrelang von Kommunisten hypnotisiert worden; denn das behaupten ist nicht klüger und nicht dümmer als das, was die „Neue Zeitung“ in einem ellenlangen Spitzenartikel uns vorgestzt hat. Wir gestehen der „Neuen Zeitung“, dem amerikanischen Blatt, zu, daß es nicht allein steht. Die Mehrzahl der lizenzierten Zeitungen erinnert in jüngster Zeit recht oft an eine Stelle aus Hitlers „Mein Kampf“, die sinngemäß lautete: Wenn du lügst, lüge so ungeheuerlich groß, daß der Durchschnittsmensch sich nicht dieser Lüge für fähig hält, denn dann ist er willens, die Lüge zu glauben. Das Rezept, nach dem man verfährt, entbehrt der Originalität und Neuheit. Es ist nur bezeichnend, daß man bei ihm angelangt ist.

W. G.

Noch immer Morgenthau-Plan?

Ein Brief des amerikanischen Senators Styles Bridges über die Demontagefrage an den Verwalter des ERP-Planes Paul G. Hoffmann beschäftigt die „Neue Züricher Zeitung“. Uns interessiert in diesem Zusammenhang folgende Auslassung des Blattes: „Der amerikanische Senator spielt in seinem Brief ausdrücklich darauf an, daß einige Beamte der Regierung offenbar noch immer in den Ideen des Morgenthauplanes befangen seien, der darauf hinausgeht, Deutschland seiner industriellen Produktionskraft zu entkleiden.“ Präsident Roosevelt ist tot, Morgenthau nicht mehr Finanzminister, aber es scheint noch Beamte zu geben, für die der Morgenthau-Plan nicht tot ist, die anscheinend „kommunistisch beeinflusst“ sind. „Wen wird unter den hohen Staatsbeamten Amerikas der „Unamerikanische Ausschuss“ vor seine Schranken fordern?“

Ein amerikanisches Dementi

Die „Neue Zeitung“ berichtet, daß die amerikanische Militärregierung durch Oberst Campbell alle Behauptungen, daß in der US-Zone deutsche Einheiten militärisch ausgebildet werden, dementieren ließ. Die Industriepolizei werde nicht militärisch ausgebildet. Ausländer könnten nicht in der amerikanischen Armee dienen. Die Amerikaner würden die bestehenden Abkommen über die Demilitarisierung Deutschlands nicht verletzen.

Beweise angekündigt!

Die amerikanischen Dementis, erklärte Kogon, der die aufsehenerregenden Äußerungen über eine vor sich gehende Remilitarisierung in Westdeutschland machte, verstanden sich, so wie die Dinge nun einmal liegen, beinahe von selbst. Er kündigte die Veröffentlichung schlagender Einzelheiten und Beweise für seine Behauptungen an.

Chinas Hauptstadt Nanking vor dem Fall

Tschiang-kai-Scheks Verteidigungsarmee eingekesselt. — Panik im Lager des volksfeindlichen Regimes.

Tschiang-kai-Schek ist es nicht gelungen trotz größter Anstrengungen, Ermahnungen und Unterstützung seiner ausländischen Freunde den Vormarsch der kommunistisch-demokratischen Armeen vor der Hauptstadt Nanking zu stoppen. Die vierzehntägige Schlacht nördlich Nankings geht mit einer neuerlichen Niederlage katastrophalen Ausmaßes für das Diktaturregime zu Ende. Über eine halbe Million der Armee Tschiang-kai-Scheks ist in zwei Kesseln isoliert. Die Hauptstreitkräfte, verfallen der Auflösung. Der Vormarsch der kommunistisch-demokratischen Armee ist vor die Tore Nankings getreten. Das Schicksal der Hauptstadt des Landes ist damit besiegelt.

Panik und Zersetzung breiten sich im System Tschiang-kai-Scheks aus. Die amerikanische Botschaft in Nanking und die Konsularbehörden in Schanghai sind Berichten zufolge bereits außerhalb Chinas nach Manila auf den Philippinen verlegt worden. Die ausländische Kritik, insbesondere in den USA, an dem Freund Tschiang-kai-Schek, nimmt wachsend zu. Gewiß, er rettet ihre Interessen in China nicht mehr, wie sie bei all ihren Anstrengungen auch ihren Freund nicht mehr ret-

ten können. Der Befreiungskampf des chinesischen Volkes geht, einer elementaren Naturgewalt gleichend, weiter bis zu seinem siegreichen Ende.

Halbe Wahrheit nützt nichts!

„Chinesische Lehre“ betitelt sich ein Artikel der „Neuen Zeitung“, in dem so etwas wie Bilanz gezogen wird über die Gründe des Erfolges der kommunistisch-demokratischen Volksarmee in China. Die „Antikommunistische Front“ wird dabei allgemein einer Kritik unterzogen, warum sie so schwächlich ist und vielfach so hoffnungslos versagt. Man liest dabei einige überzeugende Wahrheiten. So, wenn es beispielsweise heißt: „Viele ihrer Glieder bekämpfen den Kommunismus nur um ihres Profites, ihrer Angst um ererbte Rechte, ihrer persönlichen Ehrgeizes willen.“ Wir erfahren allerdings dabei nicht, aus welchen anderen Gründen sie es denn sonst tun.

Interessant ist die Schlußfolgerung des Artikels des amerikanischen Blattes unserer Zone. Sie lautet: „Es hilft nichts, sich Illusionen über den Kommunismus hinzugeben. Es hilft nichts, ihn zu verbieten oder Propaganda gegen ihn zu treiben.“ Man fragt sich dabei

nur, warum es gerade die „Neue Zeitung“ in so reichlichem Maße tut. Es wird dann fortgeführt: „Um ihn zu überwinden, müssen die Menschen satt gemacht und erzogen werden, und dazu ist Idealismus, aber auch Tatkraft und Einigkeit vonnöten.“ Wir fragen nur, gegen den Kommunismus, oder für ihn? Die „Neue Zeitung“ fordert Idealismus und Tatkraft für das System, das Hunger, Not und Ungerechtigkeit so maßlos groß geboren hat.

Ein Zeitdokument

Es ist keine böswillige Verleumdung der französischen Besatzungsmacht, daß diese in ihrer Verordnung Nr. 178 über die strafbaren Handlungen, die sich gegen die Besatzungsmacht richten, die Verhängung der Todesstrafe gegen 13jährige Kinder zuläßt. Man sträubt sich gegen die Verordnung zu polemisieren, denn welchem vernünftigen Menschen sollte es keine Gewißheit sein, daß 13jährige Kinder in keinem Falle todeswürdige Verbrecher sein können. Wie weit ist der Geist, der diese Verordnung gebren hat, vom Begriff der Menschlichkeit entfernt? Uns dünkt, die Verordnung ist ein Zeitdokument, das nicht für die „Grande Nation“ spricht.

Angekündigte Reichsbahntlassungen nun ausgesprochen

45 000 fliegen auf die Straße — Große Anfrage der KPD im Landtag — Die Reichsbahnarbeiter dem Privatinteresse geopfert

Aus Frankfurt wird berichtet, daß die Zweizonenverwaltung nach Fühlungnahme mit der Militärregierung die zum 31. Dezember angekündigten 45 000 Entlassungen ausgesprochen hat.

Im Direktionsbezirk Stuttgart werden durch die Entlassungen 3 800 Beschäftigte betroffen.

Die Kommunistische Landtagsfraktion hat durch eine Große Anfrage die Reichsbahntlassungen in einer der kommenden Landtagssitzungen zur Debatte gestellt. Sie weist nachdrücklich darauf hin, die Begründung, daß infolge finanzieller Schwierigkeiten die Entlassungen notwendig sind, durch die Vergabe von Aufträgen der Reichsbahndirektion an die Privatwirtschaft nicht glaubhaft erscheine. Die kommunistische Fraktion stellt an die Württemberg-Badische Regierung die Fragen, ob die vorgesehenen Entlassungen den Zugverkehr im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten gestatten und die Verkehrssicherheit gewährleisten. Sie fragt, ob der Regierung bekannt ist, daß im Stuttgarter Direktionsbezirk auch heute noch eine Unterbesetzung von 1 500 Stellen vorhanden ist, gleichfalls danach, ob die Regierung weiß, daß der Reichsbahn bei Vergabe von Arbeiten an die Privatwirtschaft ein höherer Aufwand entsteht, und was die Regierung bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn in Frankfurt gegen den vorgesehenen Personalabbau unternommen habe.

Es sei darauf hingewiesen, daß Lokomotiven und Wagen im Ausland (Belgien) repariert werden und die Kosten dort viel höher sind, als in den deutschen Reichsbahn- ausbesserungswerken, während die Reparatur einer Lokomotive in diesen 40 000 DM, im deutschen Privatbetrieb 60 000 DM (Eßlingen) kostet, kommt sie in Belgien auf 76 000 DM. Angesichts dieser Zustände herrscht

unter den Eisenbahnern eine begriffliche Erregung. Sie wird noch dadurch gesteigert, daß man bei den Reichsbahnverwaltungsstellen behauptete, die Entlassungen betrafen nur Arbeitsunwillige oder solche, die sich durch Diebstahl, Betrug und Unterschlagungen vergangen hätten. Die Unterbezirksleitung der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Mannheim schreibt uns dazu, daß bei 343 Eisenbahnarbeitern, denen hier bereits die Entlassung zugestimmt wurde, noch nicht einmal 1 Prozent unter diese Kategorie fällt, sondern es sich um zuverlässige Eisenbahnarbeiter und viele Familienväter handelt, die durch die Entlassungen getroffen werden. Die Eisenbahner haben ein Recht, sich gegen diese Infamie zu wehren.

Die Zeitung der Eisenbahnergewerkschaft beleuchtet den Hintergrund der Entlassungen mit den Worten: „Wenn der Verwaltungsrat der Bizonen aus dem Arbeitsergebnis der Eisenbahner zu 42,9 Prozent bezahlt werden soll — der Gesamtetat beträgt 408,4 Millionen DM — dann verlangen wir um der Gerechtigkeit willen eine Einsparung in diesem aufgeblassenen Verwaltungs-Apparat um gleichfalls 42,9 Prozent.“

Bergarbeiterstreik nicht umsonst

Der Bergarbeiterstreik in Frankreich ist beendet, nachdem die Bergarbeitergewerkschaft (CGT) zur Wiederaufnahme der Arbeit die noch streikenden 100 000 Bergleute aufgefordert hat. Ueber den heldenhafte Kampf der Bergarbeiter Frankreichs heißt es in der veröffentlichten Verhandlungsergebnisse: „Der Kampf der Bergarbeiter war nicht umsonst. Er ermöglichte eine fühlbare Erhöhung der Bergarbeiterpension und die Gewährung der von der Regierung bisher abgelehnten Sonderzula-

gen an alle Arbeiter und Angestellten über Tage. Die Bergarbeiter, die in einen beinahe zwei Monate dauernden Streik versucht haben, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, werden dies in größter Einigkeit und mit neuen Kampfmitteln fortsetzen.“ Wir müssen unsere Kräfte umgruppieren, um den Kampf für unsere Forderungen in anderer Form fortzusetzen, damit unsere Union und unser ständiger Druck zu einem Erfolg führen.“

Konto: Berliner Propaganda

Als Berliner wissen sie zwar, daß das Reisen in der Ostzone sicher ist, daß höchstens einer von hunderttausend einmal festgenommen und meist nach 24 oder 48 Stunden wieder freigelassen wird. Aber es gibt eine Bestimmung, daß niemand in der Zone nächtigen darf, ohne sich polizeilich anzumelden. Das ist ein normaler „Erfassungsvorgang“, nichts Gefährliches.

Mit einer Mischung von geschmeichelter Eitelkeit und verwunderter Nüchternheit verzeichnen die Berliner die Extreme des Ueberstchwungs wie des Zynismus, mit denen ihre Lage beurteilt wird. Ob ein Walter von Cube erklärt: „Die westliche Welt, auf die wir unsere Hoffnung setzen müssen, kann auch auf Berlin verzichten, ohne eine Niederlage einstecken zu müssen“, oder der einstige englische Außenminister Anthony Eden eigens einen kurzen Flugbesuch am Kurfürstendamm macht, um die Berliner für ihr „courage und ihre Kaltblütigkeit und ihren Mut zu belobigen“, ob Oda Schärer sich für eine Reportage beichten läßt: „Weinend stürzten mir die alten Freunde bei der Ankunft in die Arme, weinend nehmen sie Abschied, denn ich fliege ja in die Freiheit zurück“, oder die vielen Privatbriefe von Beunruhigung und Mitleid

Berliner Entscheidungen!

Friedrich Ebert Oberbürgermeister

Berlin. (E. B.) In einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung, die der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ottomar Geschke (SED) einberufen hatte, wurde zum Oberbürgermeister Berlins der Sohn des ersten deutschen Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, gewählt.

Gleichfalls wurde ein neuer Magistrat für Berlin gewählt und der Spalter-Magistrat für abgesetzt erklärt.

In einer vom FDGB, Groß-Berlin einberufenen Massenkundgebung vor der Universität erklärte Friedrich Ebert, daß mit den Berliner Entscheidungen den Werktätigen in den Betrieben und Massenorganisationen Rechnung getragen worden sei, den chaotischen Zuständen in der Berliner Stadtverwaltung ein Ende zu bereiten. Friedrich Ebert verkündete den Beschluß des neuen Magistrates, das Sozialisierungsgesetz in Berlin sofort durchzuführen. Dieser Akt lege den Betriebsarbeitern hohe Verantwortung auf. Ein Gesetz zur Bestrafung der Kriegsverbrecher betrachte der neugebildete Magistrat als vorwiegend. Er bedarf dazu der Unterstützung der Werktätigen. Das vom Demokratischen Block vorgeschlagene Winterprogramm werde sofort in Angriff genommen. Friedrich Ebert kündigte die Verteilung von 18 Zentner Brennstoff pro Haushalt im Winterhalbjahr 1948/49, sowie die Erhöhung der Stromkontingente für Haushalte und Betriebe an.

„Wer hat Euch das Recht zum Handeln gegeben“, wird, so erklärte Friedrich Ebert, die Frage der westlichen Presse bereits heute sein. Hunderttausende Berliner antworteten mit dem stürmischen Zuruf: „Wir!“ Zum Abschluß forderte Friedrich Ebert die Berliner Bevölkerung auf, im Kampf zusammenzustehen, bis Einheit, Brot und Frieden für alle Deutschen gesichert sei.

Bonn ohne Feigenblatt

(Vom Sonderberichterstatler des „Sozialistischen Informationsdienstes“)

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Aeltestenrat des Parlamentarischen Rates mit der Denkschrift der Militärgouverneure, die am Montag dem Präsidenten Dr. Adenauer überreicht worden war. Gleichzeitig übergaben US-Offiziere in München die Denkschrift der Presse, so daß die Presse früher von dem Inhalt Kenntnis hätte als die Mitglieder des Rates. Die Stuttgarter „Wirtschaftszeitung“ nennt die Denkschrift einen „Anpuff“ des Bonner Rates, und auch die übrigen Zeitungen bemühen sich um eine möglichst sensationelle Aufmachung im Sinne ihrer Auftraggeber. Dabei bringen die sieben Punkte nur, was die Bonner Ratsmitglieder schon vorher wissen mußten, nämlich daß sie das Verfassungswerk genau nach den Vorschriften des in London beschlossenen Dokumentes zu schaffen haben.

Auch die jetzt in der Denkschrift näher verlaublichen Punkte der seitherigen geheimgehaltenen Anlage H des Londoner Protokolls waren ihnen längst bekannt. Dafür hatte irgendeine freundliche Stelle gesorgt. Abgesehen von der Tatsache, daß die Besatzungsmächte zu jedem beliebigen Zeitpunkt in die Bonner Beratungen eingreifen, sind lediglich die Begleitumstände dieser Aktion von Interesse. Nicht wichtig ist, daß Dr. Adenauer es erst am Montag ablehnte, auf dem Büro der Verbindungsoffiziere zu erscheinen, um die Denkschrift abzuholen, und man sie ihm dann nachmittags bei einem Cocktail überreichte, sondern daß man es gerade zu diesem Zeitpunkt für notwendig hält, eine solche Aktion aufzuzeichnen, und in der Presse groß aufzumachen. Die wirklichen Gründe sind bei der Beratung des Besatzungsstatus zwischen den drei Militärgouverneuren entstandenen Differenzen, die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen in London und die Beunruhigung in Frankreich. Man wollte vor der Weltöffentlichkeit deutlich machen, daß der Parlamentarische Rat den Militärgouverneuren unterstellt ist und nach ihren Wünschen zu handeln hat. Diese Formulierung stammt in ihrem ersten Teil nicht von uns sondern aus dem Munde eines US-Verbindungsoffiziers.

Angesichts dieser Tatsache, Prägung dieser Schwierigkeiten zwischen drei Militärgouverneuren zu sein, hätte sich der Aeltestenrat schon vor der Frage gestellt sehen müssen, ob diese Rolle sich mit der kramphaft aufrechterhaltenen Fiktion, eine verfassunggebende Versammlung darzustellen, noch vereinbaren läßt. Diese Frage stellte man sich jedoch nicht, sondern die andere, wie man ohne großes Aufhebens die Sache beibehalten könnte. Zuerst gab es einige Aufregung, bei der Carlo Schmid die Arie des unabhängigen Parlamentarier sang, um dann auf Adenauers besänftigende Worte schön einzuschwenken: „Es sei sehr viel Unruhe auf der Welt, meine Dr. Adenauer, daß der Parlamentarische Rat sie nicht noch vergrößern dürfe.“ In der Denkschrift der Militärgouverneure, die am 22. November dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates übergeben wurde, wird klargestellt, welche Auslegung die Militärgouverneure den in Dokument I niedergelegten Grundsätzen für eine westdeutsche Verfassung und die Bildung einer westdeutschen Regierung geben, und daß sie die Einhaltung dieser Grundsätze erwarten. Diese Denkschrift der Militärgouverneure erbringt den endgültigen Beweis, daß der Parlamentarische Rat ein Vollzugsorgan der Besatzungsmächte ist und ohne Rücksicht auf den Willen des deutschen Volkes die von ihnen aufgestellten Grundsätze in einer Verfassung zu formulieren hat. Damit ist zugleich erwiesen, daß der Parlamentarische Rat nicht vom deutschen Volk den Auftrag zur Beratung und Beschlussfassung über eine Verfassung erhalten hat, daß er nicht nach dem Willen und nicht nach einer Willensbekundung des deutschen Volkes zustande gekommen ist, daß er in seinen Entscheidungen nicht frei, sondern auf erlegte Grundsätze gebunden ist, daß er auf Befehl der Besatzungsmächte arbeitet und angehalten ist, in jedem Stadium seiner Beratungen Anweisungen entgegenzunehmen und durchzuführen, daß seine Aufgabe in nichts anderem besteht, als zu dem von den westlichen Besatzungsmächten beschlossenen westdeutschen Staat ein dem Besatzungsstatut untergeordnetes Verwaltungsstatut auszuarbeiten.

Dieser Beschluß der Besatzungsmächte entspricht den Absichten der reaktionären politischen und wirtschaftlichen Gruppen Westdeutschlands und wird von ihnen gebilligt und mit allen Kräften unterstützt. Die durch Bildung des westdeutschen Staates zu vollziehende endgültige Zerreißung Deutschlands widerspricht den elementarsten und unveräußerlichen Interessen des deutschen Volkes.

Das deutsche Volk will in seiner überwältigenden Mehrheit die Einheit Deutschlands. Deshalb verlangt es die sofortige Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die Aufhebung der Zonengrenzen, die Durchführung einer einheitlichen Währung und gleichzeitig die Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Einheit. Aus den gleichen Gründen fordert das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen. Die Existenz und die Arbeit des Parlamentarischen Rates verhindern die Erfüllung dieser Forderungen. Die Vorgänge der letzten Tage veranlassen die KPD Fraktion, nochmals folgenden Antrag zu stellen:

„Der Parlamentarische Rat beschließt, seine Arbeit einzustellen und sich aufzulösen.“ Die Fraktion der KPD schlägt weiter vor, daß alle Fraktionen des Parlamentarischen Rates im Anschluß an den Auflösungsbeschluß die Militärregierung über die Forderungen des deutschen Volkes auf Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, Aufhebung der Zonengrenzen, Durchführung einer einheitlichen Währung, Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Einheit, sowie Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen unterrichten und sich in gemeinsamen Anstrengungen für die Erreichung dieser Ziele einsetzen.“

Neue Heimkehrertransporte aus UdSSR.

1700 deutsche Heimkehrer aus der Sowjetunion trafen am 27. November 1948 in Frankfurt a. d. O. ein. Neue Transporte wurden angekündigt.

Hauptausschußsitzung dauert 10 Minuten

Die mit großer Spannung von den zahlreich herbeigeeilten Journalisten erwartete Hauptausschuß-Sitzung des Parlamentarischen Rates dauerte nach langer und stürmischer Sitzung des Aeltesten-Ausschusses nur zehn Minuten. Prof. Dr. Carlo Schmid teilte die Bereitwilligkeit des Präsidenten Dr. Adenauer mit, dem Wunsch des Hauptausschusses auf Erläuterung der Denkschrift der Militärgouverneure zu entsprechen. Dr. Adenauers Erklärung bestand nur aus den zwei Sätzen, daß mit der Verkündung der Verbindungsoffiziere keine Beeinflussung des Parlamentarischen Rates beabsichtigt gewesen sei. Es handle sich bei der Denkschrift nur um einige Erläuterungen zu dem Dokument Nr. 1. Hätte man mit der Veröffentlichung der Denkschrift gewartet, bis der Parlamentarische Rat dazu Stellung nehmen konnte, so wäre viel Gerede und Geschreibsel in den Zeitungen unterblieben, die neben der Sache lagen. Anschließend brachte Dr. Menzel (SPD) folgende Entschließung ein:

„Der Hauptausschuß erblickt in der namens der Militärgouverneure durch die Verbindungsoffiziere überreichten Denkschrift lediglich eine Erläuterung des Dokuments Nr. 1. Er nimmt sie zur Kenntnis und setzt seine Arbeiten auf Grund des den Abgeordneten des Parlamentarischen Rates vom deutschen Volk erteilten Mandates fort.“

Dr. Adenauer berichtete, daß es sich hierbei nicht um einen Antrag der SPD, sondern um einen gemeinsamen Antrag der SPD und CDU-CSU handle.

Der Abgeordnete Renner erhielt

das Wort nur, um den bereits mitgeteilten Antrag der KPD zu verlesen. Dann wurde abgestimmt. Den KPD-Antrag lehnte der Hauptausschuß mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller ab. Er nahm im gleichen Stimmverhältnis den Koalitionsantrag an. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte vertagte sich der Hauptausschuß auf Dienstag den 30. November, um die Beratungen des Verfassungsentwurfes fortzusetzen.

Die Abladestelle — und die Schlußfolgerungen

Die Bonner Situation ist plötzlich sehr stark unter dem Aspekt internationaler Bindungen zu sehen. Konnte man schon zur Zeit der Vorbereitung und der Einleitung dieses westdeutschen Zwischenparlamentes nach sozialdemokratischer Auffassung nicht die starke außenpolitische Hypothek übersehen, die auf seiner künftigen Arbeit von Beginn an lasten würde, so hat sich inzwischen gezeigt, daß heute Gesichtspunkte der sogenannten großen Politik zum beherrschenden Faktor geworden sind. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Militärgouverneure ihre Unzufriedenheit in erster Linie bei den deutschen Stellen abladen. . .

Damit sind im Grunde alle Bemühungen in Bonn selbst plötzlich in Frage gestellt. . . Besonders schlimm ist dabei, daß die Besatzungsmächte auch heute noch nicht nur durch den großen Gegensatz Westen — Osten sondern auch innerhalb der Westsphäre durch die angelsächsisch-französischen Meinungsverschiedenheiten aufgespalten sind. Es hieß Illusionspolitik treiben, wollte man in Deutschland dies verkennen und nicht auch entsprechende Schlußfolgerungen für das eigene Verhalten daraus ziehen. Sozialdemokratischer Pressedienst

Schließt Frieden mit Deutschland!

Bedeutsamer Aufruf des Deutschen Volksrates an England, Frankreich, USA und UdSSR.

Berlin. (EB.) Das Präsidium des Deutschen Volksrates nahm am 23. November unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Kastner (LDP) einstimmig einen von dem Vorsitzenden des Friedensausschusses, Otto Nuschke (CDU) vorgelegten Aufruf an. In dem Aufruf wird einleitend auf das Potsdamer Abkommen hingewiesen, zu dem die Sowjetunion sich nach wie vor bekennt. Sie tritt daher auch für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland ein, während die westlichen Besatzungsmächte die Durchführung des Potsdamer Abkommens ablehnen.

„Die Westmächte wollen dem deutschen Volk ein Besatzungsstatut auferlegen und Deutschland während vieler Jahre militärisch besetzt halten. Demgegenüber tritt die Sowjetunion für die Einheit Deutschlands und den Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages ein.“ Weiter heißt es in dem Aufruf: „Mit dieser Entwicklung wurde eine sich immer mehr steigende Kriegshetze gegen die Sowjetunion entfacht, aus der die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges erwächst. Um so dringlicher muß das deutsche Volk seine Forderung nach einem Friedensvertrag erheben, der ihm den demokratischen Aufbau seiner Wirtschaft und seines Staates ermöglicht und zu einem friedlichen Zusammenleben mit den anderen Völkern führt.“

2. Endgültige Liquidierung des Kriegspotentials, besonders der Rüstungsindustrie.
3. Entmilitarisierung und Demokratisierung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Deutschlands.
4. Bestrafung aller Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit.
5. Anerkennung einer befristeten und sachlich begrenzten Viermächtekontrolle über die friedliche wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands.

B. Rechte des deutschen Volkes

1. Schaffung einer Verfassung für Gesamtdeutschland, die die demokratische Gestaltung eines unabhängigen, einheitlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sichert.
2. Freie Entwicklung der Industrie für alle friedlichen Zwecke aus eigener Kraft durch Arbeiter, Techniker, Bauern, Handwerker und Unternehmer, unter Ausschluss der kapitalistischen Monopolherren und Großgrundbesitzer.
3. Wiederherstellung des freien Außenhandels.
4. Abzug der Besatzungstruppen binnen Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages.
5. Wiederaufnahme enger internationaler Beziehungen und Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen.

Die Kernfrage für Deutschland

Wer über Radio Berlin und Leipzig in den letzten Tagen die deut-

lichen Delegierten hörte, die soeben aus Moskau von den Forderungen zum 31. Jahrestag der Oktoberrevolution zurückkehrten, konnte sich dem Eindruck nicht entziehen, daß in der Geschichte der europäischen Entwicklung ein neuer bedeutender Abschnitt begonnen hat. Vor Zehntausenden von Zuhörern in Leipzig, Dresden, Berlin und vielen anderen Großstädten der Ostzone haben die aus Moskau zurückgekehrten Delegierten Otto Grotewohl (SED), Otto Nuschke (CDU) und viele andere immer wieder betont, daß sie in ihren Unterredungen mit den sowjetischen Staatsmännern und insbesondere mit Molotow die Gewißheit gewonnen haben, die Sowjetregierung werde unter allen Umständen auf der Einhaltung der vertraglichen Bedingungen gegenüber Deutschland d. h. auf der Herstellung der deutschen Einheit, dem baldigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und dem darauf folgenden Abzug der Besatzungstruppen bestehen.

Otto Grotewohl betonte auf einem Presseempfang im Haus des Deutschen Volksrates in Berlin, daß zwar reaktionäre Kreise in Westdeutschland davon träumen, das deutsche Volk in eine kapitalistische Einheitsfront gegen jeglichen Fortschritt einzubeziehen und ihm eine Söldnerrolle im Kampf gegen das Land des Sozialismus zuzuweisen, daß dies aber Träume von Bankrotturen seien, die immer mehr in Widerspruch zu den Volksmassen geraten, jeden Boden im Volk verlieren und auf dem Keichrathaufen der Geschichte enden werden.

Die Kernfrage für Deutschland ist die Herstellung der deutschen Einheit auf demokratischer Grundlage, der Friedensvertrag und der darauf folgende Abzug der Besatzungstruppen. Wer in dieser Richtung handelt, dem gehört die Zukunft. Wer sich dagegen stellt, wird früher oder später unter die Räder der Geschichte geraten. Dieser Erkenntnis entspringt das Kraftbewußtsein und das große Vertrauen der demokratischen Kräfte Deutschlands in die Zukunft. Sie wissen, daß die Friedenskräfte mit der Sowjetunion an der Spitze auf ihrer Seite stehen. Der Besuch in Moskau hat dieses Kraftbewußtsein, dieses Vertrauen auch in die eigenen fortschrittlichen Kräfte des Volkes gestärkt.

Gericht anerkennt Gesamtbetriebsrat Bosch

Am 23. November standen sich vor dem Arbeitsgericht in Stuttgart die Vertreter des Betriebsrats und die Vertreter der Direktion der Bosch-Werke gegenüber. Der Streit geht um das Recht des Betriebsrates, die Einstellung ehemaliger Pj. in ihre alten leitenden Stellungen zu verweigern. Die Belegschaften sowohl in Feuerbach wie auch in Stuttgart haben sich in Abstimmungen fast restlos hinter ihren Betriebsrat gestellt.

In der Verhandlung zweifelte die Direktion der Bosch-Werke die Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrates an und beantragte hierzu eine Vorentscheidung des Arbeitsgerichtes. Sie beriefen sich dabei auf das Kontrollratsgesetz Nr. 22 und auf das württembergisch-badische Gesetz 723 (Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe). Der Betriebsrat konnte nachweisen, daß die Firma jedoch in vielen Fällen mit dem Gesamtbetriebsrat als juristischen Partner verhandelt hat. Die Verhandlung wurde auf einen späteren Termin vertagt und das Arbeitsgericht hat inzwischen entschieden, daß der Gesamtbetriebsrat als Prozeßkontrahent auftreten kann. Der Termin wurde auf den 14. Dezember festgelegt. BI

Zweierlei Recht bleibt bestehen

Ministerialrat kann Mitglied des Landtags, aber ein Strafenkehrer nicht Mitglied des Gemeindeparlamentes sein

Der württembergisch-badische Landtag hat am 25. November die Frage, können Beamte Landtagsabgeordnete sein, mit einem vorläufigen „Ja“ entschieden. Der Artikel 21 Abs. 2 des Beamtengesetzes, der dies verneint, ist neuerlich „bis zur Rechtskraft der Verfassung eines Südwestdeutschen Staates“ außer Kraft gesetzt worden. Der Landtag hat damit die Entscheidung, ob die Verfassung oder der entsprechende Artikel des Beamtengesetzes Geltung haben soll, umgangen, hat aber mit seiner Entscheidung im Grundsätzlichen das Beamtengesetz bejaht. Es ist eingetreten, was der kommunistische Abgeordnete Leibbrand in einer vorhergehenden Landtags-sitzung als Befürchtung ausgesprochen hat: „Wenn wir also nur die zeitweilige Außerkraftsetzung verlängern, so anerkennen wir doch eigentlich den Grundsatz, der in Artikel 21 des Beamtengesetzes ausgesprochen ist und das ist eben der Grundsatz der Minderberechtigung aller Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst.“

Die Kommunistische Partei hatte vorgeschlagen, dem fraglichen Artikel des Beamtengesetzes folgende Fassung zu geben: „Die Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes sind im Rahmen der Verfassung in ihrer politischen Betätigung frei.“ Dies wurde abgelehnt. Ebenso verfiel ein Antrag der DVP, der den Kreis, auf den der Artikel des Beamtengesetzes Anwendung finden soll, wesentlich eingeschränkt hätte, der Ablehnung. Nach diesem Antrag sollten leitende Beamte und Angestellte der Landes-zentralbehörden mit Entscheidungsbefug-

Zweierlei Recht bleibt bestehen

nis und Zeichnungsrecht nicht zugleich Mitglieder des Landtags sein können.

Wir haben nun nach dem Aufschub der Frage zweierlei Recht, einmal, daß grundsätzlich für die minderen Rechte der Beamten als Staatsbürger entschieden wurde, und dann auch im praktischen Geltungsbereich. Ein Strafenkehrer kann nach der geltenden Gemeindeführungsordnung, die dem Beamtengesetz voll Rechnung trug, als Angestellter oder Arbeiter

Das chinesische Dilemma

Die verwirrendste Frage in der amerikanischen Außenpolitik ist: Was kann man tun, um China zu helfen? . . . Unglücklicherweise gibt es für das chinesische Problem keine völlig zufriedenstellende Lösung. Die Politiker in Washington stehen vor der Schwierigkeit, daß es Generalissimo Tschiang-Kai-Schek nicht gelungen ist, die Unterstützung des chinesischen Volkes in den von seiner Regierung kontrollierten Gebieten zu erlangen, und daß er somit keine wirksame Basis für einen Widerstand gegen die Kommunisten darstellt. Aus diesem Grunde können die Amerikaner nicht für eine Chinapolitik eintreten, die auch nur ansähernd an das herankommt, was sie wünschen. . .

Bei der Erwägung einer möglichen Politik sollte man den Gedanken vollständig verworfen, den Bürgerkrieg in China durch amerikanische Garantien einer Koalitionsregierung zu beenden. In einer solchen Regierung wären unter den gegenwärtigen Umständen die Roten von vornherein vorherrschend. Die Bildung einer solchen Regierung würde den Roten den schnellsten und leichtesten Triumph ermöglichen, den sie überhaupt erlangen könnten, und würde sie für ihre Angriffe mit einem Mantel der Legalität umgeben. Ein weiteres Resultat eines solchen Schrittes wäre es, daß die Freunde der USA in allen Ländern der Welt, wo die Kommunisten eine beträchtliche Stärke haben, erschreckt würden. Er würde den Gegnern der Kommunisten überall zeigen, daß sie im geeigneten Moment von den Amerikanern verkauft würden.

Pressestimmen

Eine andere, jedoch ebenfalls ungesunde Politik, wenn auch bei oberflächlicher Betrachtung verlockend, wäre es, unsere Verluste zu vermindern, indem wir uns vollständig aus China zurückziehen. Dies würde einen verheerenden psychologischen Schlag für alle Gegner des Kommunismus in China ebenso wie sonst überall bedeuten, und würde vermutlich zur Kontrolle des größeren Teiles des Landes durch die Kommunisten führen, fast genau so schnell, wie dies durch eine Koalitionsregierung herbeigeführt würde.

Eine dritte Handlungsweise, die mindestens genau so schlecht wie die beiden ersten, wenn nicht noch schlechter wäre, ist es, wenn die USA die Verantwortung dafür übernehmen würden, daß Generalissimo Tschiang den Bürgerkrieg gewinnt, indem sie die chinesischen Truppen und republikanische Offiziere zuteilt und erhebliche Mengen militärischer Hilfsmittel zur Verfügung stellen. Dies würde starke Kürzungen der amerikanischen Hilfe für Europa erfordern und dadurch dort einen sowjetischen Angriff ermutigen. Das wäre ein furchtbarer Fehler und würde es für die USA notwendig machen, zum Krieg überzugehen. Das Opfer, die Frei- und Mannschafskontrolle umzustellen, könnte augenscheinlich gerechtfertigt werden, wenn es China von Kommunismus retten würde. Es besteht aber die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Opfer umsonst wäre. . .

Im Verlauf dieser Analyse sollten die Politiker zu einer Lösung kommen, die zwar nicht zufriedenstellend, jedoch weniger unangenehm als andere wäre. Die Lösung ist, die amerikanischen Hilfe für die antikommunistischen Kräfte in China ungefähr im gleichen Ausmaße wie bisher oder wenn erforderlich in einem bescheidenen erhöhten Umfang zu gewähren. Für die unmittelbare Zukunft sollte diese Hilfe an die Regierung des Generalissimo Tschiang gehen. Sollte seine Regierung sich auflösen, dann hätte die amerikanische Hilfe an jedes andere antikommunistische Regime zu gehen, das an ihre Stelle tritt, wobei der Vorzug denjenigen Gegnern der Roten zukommen sollte, die am klügsten und geschicktesten bei ihren Bemühungen sind, die breitesten Unterstützung zu gewinnen. New York Herald Tribune

„Nicht im Interesse der Militärrregierung“

Die amerikanische Militärrregierung hat dem bayerischen Generalanwalt Dr. Auerbach, sowie den Vorstandsmitgliedern der VVN Bayern, Schmitt und Fackler, im letzten Moment die Ausstellung der Pässe verweigert und damit verhindert, daß diese an einem größeren Treffen aller ehemaligen Konzentrationshäftlinge und politisch Verfolgten in Wien teilnehmen konnten. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß das Treffen der ehemaligen KZ-Häftlinge „nicht im Interesse der amerikanischen Militärrregierung liege“.

Amerikanische Zeitungen haben berichtet, daß nicht nur Hitlers Raketenexperten, sondern auch ein ehemaliger SS-General in den USA Aufnahme gefunden haben. Für sie gab es keine Passchwierigkeiten. Ein Treffen der Verfolgten des Na-

Aus dem Mannheimer Jugendrat

In der Sitzung des Mannheimer Jugendrates vom 24. November 1948 kam der Wille der Jugendvertreter zum Ausdruck, die Ausspracheabende der Mannheimer Jugend wieder aufzunehmen. Auf Vorschlag der Gewerkschaftsjugend wurden folgende vier Themen für diese Ausspracheabende festgelegt: 1. Können wir mit der Entwicklung unseres neuen demokratischen Staates zufrieden sein? 2. Erziehungsfragen, 3. Film und Theater, 4. Lehrpläne, Arbeitsrecht und Jugendschutz.

Wir empfehlen der Jugend diese Ausspracheabende zu besuchen und ihre Meinung dort zu sagen. Unter Verschiedenem lag ein An-

Der Tag der Freiheit bricht für die proletarisierte Masse erst an, wenn die bürgerliche Freiheit, welche die Freiheit der Ausbeutung vieler durch wenige ist, untergeht.

Der Tag der Freiheit bricht für die proletarisierte Masse erst an, wenn die bürgerliche Freiheit, welche die Freiheit der Ausbeutung vieler durch wenige ist, untergeht. Wer das nicht immerhin auch gern einräumen mag, zeigt sich nichtsdemokratischer angelegt als der heraufsteigende Planordenung um die geistige Freiheit besorgt. Wird die nicht gewürdigt, war nicht wenigstens das ein bleibendes bürgerliches Verdienst, sie erkämpft zu haben?

Jede herrschende Schicht hält nach geistigen Menschen, nach „Intellektuellen“, Umschau, die die durchschlagenden Gründe herbeischaffen, die nötig sind, um die Köpfe der Beherrschten von der Güte des bestehenden Gesellschaftszustandes zu überzeugen. Der geistige Mensch des Mittelalters war der Priester, derjenige der bürgerlichen Neuzeit der Humanist, Professor, Literat. Die Sache des Priesters fiel mit derjenigen des Aristokraten zusammen: Beide unterstanden der gleichen sozialen Logik. Aus seinem eigenen Innern heraus beherrschte der Priester die sündliche Welt; so fühlte er sich dann in vollem Besitze seiner geistigen Freiheit, wenn er zu ihren Gunsten, zu ihrem Lobe, zu ihrer Verteidigung das Wort ergiff.

Nicht weniger sozial gebunden und „genekt“ ist der bürgerliche Intellektuelle. Die Freiheit des Privateigentums

„Regierungsbözen an sichere Orte“

Entsetzt und enttäuscht ist man hier in amerikanischen Kreisen über die Tragödie einer amerikanisch ausgerüsteten Armee mit ihrer von Amerikanern ausgebildeten Luftwaffe die von den kommunistischen Armeen, die kein einziges Flugzeug besitzen, dergestalt geschlagen wurde.

Man sollte annehmen, daß die Luftstreitkräfte der Regierung alle ihre Maschinen zur Bombardierung feindlicher Ziele einsetzen würden. Nach einem Flug über der Hauchfront in einem chinesischen Aufklärungsflugzeug bin ich jedoch zu der Ansicht gelangt, daß die meisten Flugzeuge nicht Bomben an die Front, sondern Familien und Möbel der Regierungsbözen an sichere Orte als Nanking bringen. Anders kann man sich wohl die verpackten Planos, die ich auf manchem Flugplatz sah, nicht erklären. Die Welt.

Von der geistigen Freiheit

Ernst Niekisch

und die Freiheit des Gedankens stehen in einem korrespondierenden Verhältnis. Wer sein Privateigentum zum Fenster hinauswirft, wird entmündigt; wer, wie es Kommunisten tun, das private Eigentum an den Produktionsmitteln grundsätzlich in Frage stellt, wird als Feind aller göttlichen und menschlichen Ordnung verleumdet und verfolgt.

So wenig wie gegen das bürgerliche Grundinteresse gehandelt werden darf, darf gegen dieses gedacht werden. Erstauslich ist die Unduldsamkeit, welche die bürgerliche Gesellschaft gegen jene geistigen Menschen an den Tag legt, die sich ihrem Bann entzogen haben. Sie werden toteschwiegen, der Verachtung oder Lächerlichkeit preisgegeben, in schlechten Ruf gebracht. Sogar die geistige Qualität überhaupt spricht man ihnen ab. Man denke, mit welchem dümmstem Hochmut der dialektische und historische Materialismus zur Sekiererweisheit zur fixen Idee, zur langweiligen oder komischen Heilswahrheit für bemitleidenswerte Dilettanten gestempelt wird.

Die Massen, die nichts als ihre Arbeitskraft in die Waagschale zu werfen haben, treten mit dem Anspruch auf die Bühne der Welt, der eigentliche Held der Geschichte zu sein. Jedermann soll von nun an mit seiner Arbeitsleistung für sein Dasein bezahlen. Der bürgerliche Intellektuelle sieht

sich in die Verteidigung gedrängt: Er ist der Komplik der bürgerlich-kapitalistischen Elite, die von der Verneinung und Aussaugung der Masse lebt. Der soziale Freiheitskampf der Masse vernichtet die privilegierte Stellung der bürgerlichen Elite und damit auch die des bürgerlichen Intellektuellen. Die Existenzphilosophie ist ein Ausdruck dessen, daß die bürgerliche Elite in ihrer bevorrechteten Existenz bedroht fühlt. Die Intelligenz verspürt die Notigung, sich entscheiden zu müssen; infolge ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen ist sie der Entscheidung gegen das Bürgertum nicht fähig, und so wählt sie den verzweifeltsten Ausweg, die Entscheidung an sich zum Gegenstand ihres Philosophierens zu machen.

Aber die Situation ruft nach einer Intelligenzschicht, die das Sprachrohr der empordringenden Masse zu sein vermag. Da das plangeordnete Dasein die unausweichliche Bedingung der menschenwürdigen Existenz der Masse ist, bekommt die Pläne für die neue Intelligenzschicht den Hauptakzent. Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft war die Geschichte eines Jahrhunderts währenden Ordnungsabbaus, sie endete in Anarchie, Nihilismus, kriegerischen Katastrophen. Der Aufbau einer neuen Ordnung ist die Aufgabe, welche die Zeit den ge-

sellschaftstenden Kräfte der Gegenwart stellt. Ordnungsschöpfung aber verlangt Verantwortung, Planung, Bindung.

Das Freiheitsproblem erhält hier ein neues Gesicht und beansprucht eine neue Lösung. Die Freiheit drängt zu einer neuen Gestalt. Die bürgerliche Freiheit war die Freiheit des einzelnen, dem es erlaubt war, die „Vielzahl“ zu verknetsen. Von nun an hat man Freiheit nur zu dem, was das Menschliche begünstigt und erhöht. Der geistige Mensch muß begreifen, daß der Geist in einem lebendigen Bezug zur neuen Wirklichkeit stehen soll; denn die Wirklichkeit soll ja umgewandelt werden. Die neue Intelligenz hat den Weg zu dieser Wirklichkeitsumgestaltung zu ebnen, und hierbei stellt soviel auf dem Spiel, als daß leichtfertiges geistiges Tändeln erlaubt sein könnte. Jeder geistigen Leistung ist die Verantwortung für eine wirkliche Tat aufzubringen: Wer eine geistige Leistung vollbringt, muß sich der praktischen Folgen bewußt sein. Sieht er diese Folgen und bejaht er sie vor sich und seinem Gewissen, dann hat er auch die Freiheit zu seiner geistigen Leistung. Eine solche Freiheit ist, was sie ihrer Natur nach sein soll, stets ein Wagnis. Dadurch empfängt sie wieder eine Würde, welche die bürgerliche Freiheit nur in jenen Anfangszeiten hatte, in

Die Pflicht des Schriftstellers

Ich glaube, daß die Aufgabe des Schriftstellers heute keine andere ist, als sie es war von eh und je, nämlich ein Richter und ein Befürworter des Lebens zu sein. In einer Zeit, die zur Zweifeltung zum Aufgeben, zur Apathie verführen möchte, gebe er durch das geistige Werk, ein Beispiel der Spannkraft, der Unbeugsamkeit, der inneren Freiheit, des Mutes zur Tat. . .

Thomas Mann

Unsere Zeit hat den großen Vorteil, daß wir nahe an unseren Problemen sind. Wir wissen recht gut, was geschehen muß. Es gibt eine unmittelbare Not, nicht nur eine materielle. . .

Ludwig Renn

Der Dichter, der begriffen hat, daß müssen uns dem Leben verbinden, und zwar ganz nahe. Man mühe sich um Kleines und Verborgenes und frage nicht danach, ob man sehr weit hinausgehen kann. Man mühe sich, als mitten in seinem Volke zu stehen und von ihm geliebt zu werden, will ja nicht nur, daß es versteht, was er meint, er will ja auch überzeugen, ermutigen und erregen. — Ein Dichter sollte stolz darauf sein, wenn die Straße ihn versteht. Erich Weinert

„Wissen und Tat“

Theoretisches Organ der KPD

Die Zeitschrift „Wissen und Tat“ erscheint im November unter Miwirkung des Parteivorstandes der KPD als theoretisches Organ für die Westzonen. Das Novemberteil enthält folgende Beiträge: Max Reimann: „Der Weg zum Sozialismus“; Walter Ulbricht: „Die Partei, neuen Typus“; Paul Kohlhörfer: „Die deutsche Novemberrevolution 1918“; J. Schopp: „Nach 31 Jahren zur russischen Revolution“; Hermsstedt: „Lehren aus den Fehlern der KP Jugoslawiens“.

Weihnachtsausstellung der bildenden Künste

Der Verband der bildenden Künste Mannheim veranstaltet in den Räumen des bisherigen Postamtes in U 2 eine Weihnachtsausstellung, in welcher die Mannheimer Künstler Gemälde, Graphiken und Plastiken ausstellen.

„Demontagen unvereinbar mit dem Marshallplan“?

Überraschende Versandbefehle für mehrere Industriebetriebe in Württemberg-Baden

Die Versandbefehle für die zu demontierenden Betriebe in Württemberg-Baden haben in Wirtschaftskreisen und bei der Arbeiterschaft große Bestürzung hervorgerufen. Nach den ersten Anordnungen Anfang September dieses Jahres, ist durch den Militärgouverneur für Württemberg-Baden, Mr. LaPolette, ein Versandstopp erwirkt worden. Auch Zeitungsmitteilungen haben den Eindruck hinterlassen, daß die Demontagebefehle aufgehoben werden. So schrieb das „Handelsblatt“ vom 19. Oktober 1948: „Zu der von der deutschen Wirtschaft so sehnlich erwartenden Aenderung der bisherigen Demontagepolitik der Besatzungsmächte scheint es nun doch zu kommen.“

In diese hoffnungsvolle Atmosphäre platzten die Versandbefehle der Verantwortlichen für Demontagefragen bei OMGUS-Berlin, Mrs. MacJunkins, wie aus heiterem Himmel. Folgende 9 Württembergisch-Badische Firmen sind davon betroffen:

Maschinenfabrik Gg. Kiefer, Stgt.-Feuerbach (Klima-Anlagen); Maschinenfabrik Meissner & Wurst, Stgt.-Weil im Dorf (Klima-Anlagen); Firma Schmidt & Schaudt, Stgt.-Hedelfingen (Präzisionswerkzeugmaschinen); Maschinenfabrik Adolf Zaiser GmbH, Stgt.-Zuffenhausen (Aufzug- und Kranbau); Maschinenfabrik Wilhelm Klein, Eßlingen; Fabrik für Spezialwerkzeuge Säuferer, Plochingen; Firma „Pulmina“, Industrie-Ofenbau, Mannheim; Saline Ludwigshall, Bad Wimpfen und die Deutsche Pyrotechnische Gesellschaft in Clebronn.

Der Versand der Maschinen muß bis zum 31. Dezember durchgeführt sein. Anfänglich bestand noch die Meinung, daß die von Mr. MacJunkins getroffene Anordnung durch den Prüfungsausschuß der Marshallplan-Verwaltung über Washington aufgehoben werde. Diese letzte Hoffnung hat sich aber zerschlagen, nachdem erklärt wurde, daß diese neun Firmen nicht mehr unter die Überprüfung fallen.

Nach einer Anordnung von OMGUS-Berlin muß am 24. November die Produktion eingestellt sein und

mit der Demontage begonnen werden. Dafür sollen den Firmen Strom und Kohle in unbeschränktem Maße zur Verfügung stehen. Die Maschinen sollen u. a. nach Dänemark, Griechenland, Belgien, Australien, Pakistan und Indien gehen. Dazu sagte der Sprecher des Wirtschaftsministeriums auf der Pressekonferenz „besonders mit den letztgenannten drei Ländern standen wir bekanntlich in sehr heftigen Kriegsbeziehungen“. Der Restwert der Maschinen wird auf 2,75 Mill. DM geschätzt, liegt aber tatsächlich um 30 bis 40 Prozent höher.

Die Arbeiter in den von der Demontage betroffenen Firmen sind empört über die neuerlichen Versandbefehle. So waren beispielsweise bei Meissner & Wurst die Maschinen schon einmal verladen. Bei einer Rundfrage in den einzelnen Betrieben brachten die Arbeiter zum Ausdruck, daß die Demontage unvereinbar mit dem Marshallplan wäre, und es fielen harte Worte der

Kritik an dieser Politik. Die Unsicherheit der letzten 13 Monate hätte für sich auch bewirkt, daß sie lohnmäßig in Nachteil gekommen wären. Den Betriebsräten geht es vor allem um den Erhalt des Arbeitsplatzes ihrer Kollegen.

Illusorische Hoffnung
„Mit großer Bestürzung zur Kenntnis genommen“ hat der Württembergisch-Badische Landtag den Bericht des Wirtschaftsministers Veith über die Demontage, in dem er am Schluß als Ergebnis aller Anstrengungen und Verhandlungen feststellte: „Jede Hoffnung ist illusorisch geworden.“

Der Landtag beauftragte den Landtagspräsidenten, sich unmittelbar in einem Telegramm an den Präsidenten der USA, Truman, zu wenden und ihn zu bitten, die Durchführung der befohlenen Demontagen der US-Zone aufzuheben. Ein Schritt mehr jener Schritte, die sich als Illusionen erwiesen haben.

Bankdirektoren verdienen!

70—110 000 DM ohne Sitzungsgelder

In der letzten Plenarsitzung des Wirtschaftsrates stellte die SPD an den Oberdirektor Pünder die Frage wie hoch die Direktorengelöhner bei der Bank deutscher Länder seien. Sie wurde bisher von Dr. Pünder nicht beantwortet. Unser Sonderkorrespondent ging diese Anfrage nach, und stellte fest, daß sich die laufenden Gehälter der Direktoren bei der Bank deutscher Länder zwischen 70 000 und 110 000 DM belaufen. Hinzu kommt noch, daß allen Personen, die an den einschlägigen Sitzungen der Bank deutscher Länder, oder des Länderbankrates teilnehmen, pro Sitzung 20.—DMark und freie Verpflegung und Unterkunft erhalten. Oftmals käme es zu 5—8 Sitzungen pro Tag, von äußerst kurzer Dauer, wofür die Herren bis zu 160.—DMark dann empfangen. Weiter gewährt die Bank deutscher Länder ihren höheren Angestellten, zur Beschaffung von Häusern und Wohnungs-

einrichtungen mehrere tausend DM. Aus dem Verwaltungsrat erfahren wir, daß der Oberdirektor Dr. Pünder nicht gewillt sei die Anfrage der SPD-Fraktion des Wirtschaftsrates zu beantworten, da nach seiner Ansicht und den Bestimmungen der Militärregierung der Wirtschafts- und Verwaltungsrat für die Bank deutscher Länder nicht zuständig sei. Die Militärregierung vertrete den Standpunkt, daß die Herren Direktoren der Bank ihrer Länder entschieden höhere Gehälter bekämen, daher die der deutschen Direktoren nicht zu hoch seien. Mitglieder des Verwaltungsrates äußerten in vertraulichen Besprechungen, daß Dr. Pünder durch die Stellungnahme der Alliierten zu der Gehaltsfrage der Bankdirektoren nicht mehr gewillt sei, für sein derzeitiges Gehalt in Höhe von 30 000 DMark zu arbeiten. Auch er verlange die Anpassung seines Gehaltes an das der Bankdirektoren.

Mehr Verantwortung beim Kultusminister!

Die „Stimme Amerikas“ übertrug am 19. November ein Gespräch mit dem durch die USA. reisenden Kultusminister bzw. deren Vertreter. Dabei äußerte der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Theodor Bäuerle, daß die Verantwortung des einzelnen Lehrers in Deutschland bedeutend größer werden müsse.

Im Jahre 1945 zogen junge Menschen in die ausgeplünderten Ruinen der Schulhäuser ein und ließen sich weder durch den Mangel an jeglichem Lehr- und Lernmaterial, durch die unzureichende Unterkunft und Verpflegung noch durch die geradezu lächerlich machende Berufsbezeichnung „Schulhelfer“ und den offenen oder versteckten Boykott durch die entlassenen Altlehrer entmutigen. So wirkten sie zwei Jahre, selbstlose, idealgesinnte Pioniere eines neuen Schulwesens. Schulklassen von hundert bis hundertfünfzig Schülern waren draußen auf den Dörfern die Regel. Neben der eigentlichen Arbeit hatten sie einen Wust von Verwaltungs-

Schreibarbeiten sowie ihrer eigenen Weiterbildung nachzukommen. Niemand wurde von den Schulbehörden daran gedacht, wie dem jungen Lehrer geholfen werden könne. Man forderte von ihm stets nur die Übernahme der Verantwortung, ohne sich ihm gegenüber selbst jemals verantwortlich zu fühlen. So ließ man ihn sich auf drei Jahre Schuldienst verpflichten, ohne sich selbst vertraglich zu binden.

Mit der Wiedereinstellung der entnazifizierten Lehrer wurden die Schulhelfer plötzlich als lästig empfunden und in vielen Fällen unter irgend einem Vorwand auf die Straße gesetzt. Sie hatten keine berufliche Fortkommensmöglichkeit und keinen sozialen Schutz. Die Schulhelfer, die sich trotz allen Schwierigkeiten im Schuldienst behaupten konnten, erhielten die „Erlaubnis“, ihr Studium an einem Lehrerbildungsanstalt abzuschließen. Viele dieser Glücklichen sind seit

dem 21. Juni als Hilfsarbeiter oder Lehrlinge in allerlei Berufen tätig, andere genießen Fürsorgeunterstützung. Unter den übrigen Studierenden haben 102 Kandidaten des Semesters IV des Pädagogischen Instituts in Stuttgart nach opferreichem, einjährigem Studium unter strengsten Bedingungen die Prüfung zum Lehramt Ende Oktober vollzählig bestanden. Es erschien ihnen jedoch als die Krönung ihrer bisherigen Erfahrungen mit dem Kultusministerium, als ihnen dieses mitteilen ließ, daß sie sich nach einem anderen Beruf umsehen sollten, da ihre Verwendung im Schuldienst unmöglich sei. Man habe gegenüber den entnazifizierten Altlehrern zuerst noch einer „Ehrenpflicht“ zu genügen. Erst danach könne von Fall zu Fall an eine Beschäftigung der neuen Junglehrer gedacht werden.

Hier sei nun die Frage gestattet, wer eigentlich sich seiner Verantwortung mehr bewußt werden sollte.

Verächtlich, feig und brutal

Für Verbrechen im Kriegsgefangenenlager belangt

Eine Leserschrift
Vor kurzem stand vor dem Landgericht Mannheim ein Fall zur Aburteilung, der einige Randbemerkungen dazu notwendig macht. Der Hilfsarbeiter Paul Roth, der noch vor Jahresfrist eine „Zierde“ des Kriegsgefangenenlagers Berchiza bei Briansk in Rußland war, wurde wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Delikt hatte aber nicht etwa allzu starken Alkoholgenuß zum Ausgangspunkt, auch bildete nicht irgendeine üble Kasernenmensch den Ort der Untat, sondern das Kriegsgefangenenlager Berchiza. Nüchtern und mit der diesem Kasernenmenschenlagers typischer Prägung eigenen Brutalität hat unser Hilfsarbeiter Paul Roth seiner Zeit seinen aus Worms stammenden Kameraden Alfred Heitz einfach zu Tode geprügelt. Möglicherweise zu der gleichen Zeit, als Radio Stuttgart eine seiner bekannt schmalzigen Kriegsgefangenen sendungen mit Heimat deine Sterne“ beendete.

einem Deutschen — und ihre Zahl ist Legion — nur ein Kommando über 3 Mann und schon schweben sie in Lebensgefahr, zum mindesten wird ihnen das Leben zur Hölle.

So bei unserem Hilfsarbeiter Paul Roth. Er war zum Rotenführer der Straf Abteilung des Gefangenenlagers bestellt. Zu dieser Funktion gehört natürlich ein zünftiges „Rollekommando“. Für ein hoffnungslos naziverseuchtes Gehirn ist unsere ganze bisherige Geschichte nicht etwa eine solche von Klassenkämpfen, sondern von „Rollekommandos“.

Für irgendwelche Vergehen wurden 20 Koppelhebe verabreicht. Vielleicht hat Radio Stuttgart bei dem einen oder andern der so Gemarterten gerade viele herzliche Grüße und Küsse von der Frau und den Kindern durchgegeben. Unser Hilfsarbeiter Paul Roth hat darüber hinaus das unbändige Bedürfnis verspürt, täglich seinen Mitgefangenen „in die Fresse“ zu schlagen. Bei seinem Kriegskameraden Alfred Heitz ging aber unser Hilfsarbeiter Paul Roth über das übliche Maß hinaus: ihm ließ er durch das „Rollekommando“ gleich 60 Koppelhebe verabreichen. Aber nicht genug damit, mußte er an dem halb ohnmächtig Geschlagenen noch in besonderem Maße sein trauriges Helden-Mütchen kühlen, indem er ihn als Dreingabe mit einer Serie Kinnhaken zudeckte. Er ließ erst dann von seinem Opfer ab, als seine Verbrecherfüße bluteten und er sich „wegen der Drecksau auch noch die Hände waschen mußte“.

Aber damit war das Blutdürstlein unseres „deutschen Helden“ immer noch nicht zur Gänze gekühlt, Heitz wurde, „damit er richtig büßt“, und weil für einen wahren „deutschen Helden“ jedes menschliche Mitgefühl eine jüdisch-demokratische Schweinerei ist, auch noch die Kälte-Schlafstelle angewiesen. Was wurde, daß der bedauernswerte Alfred

Heitz anderntags bei der Arbeit, von der er sich aus Furcht vor weiteren deutschen Heldenhieben nicht zu befreien wagte, zusammenbrach und selbigen Tag im Lazarett starb.

Daß unser saubere Hilfsarbeiter Paul Roth den gefangenen Kameraden auch noch eigenmächtig die Suppenration um einen Viertel Liter kürzte, vervollständigt nur das Bild der Garnitur überaus zahlreicher „Helden“, die Hitler dem deutschen Volke bescherte. Der Hilfsarbeiter Paul Roth ist in den Gefangenenlagern beliebte keine Einzelercheinung gewesen. Wieviele aus Rußland zurückkehrende Kriegsgefangene könnten ähnliche Barbareien berichten, aber entsprechend der eigenen „politischen“ Einstellung ist es angenehmer, gegen die Russen vom Leder zu ziehen (man findet damit auch viel mehr Anerkennung) und diesen die Gemeinheiten der eigenen Leute in die Schuhe zu schieben.

Was nun die eingangs erwähnte „Erkenntnis des Russen“ anbelangt, so haben wir schon 1946 feststellen können, daß sich in französischen Gefangenenlagern genau der gleiche Heldenkoller austobte. Was soll man dazu sagen, wenn z. B. ein zum Lagerkommandanten bestellter deutscher Feldwebel den in Reih und Glied in strammer Haltung (stramme Haltung ist vom „Rollekommando“ nicht zu trennen) angeordneten, halbverhungerten Gefangenen eine ganze Batterie mit Suppe gefüllter Eßkrübel „zum Riechen“ vor die Nase stellte, um dann mit einem Tritt den Inhalt jedes Krübels in den Sand zu befördern?

Daß der Deutsche des Deutschen schlimmster Feind, hat weder mit der Erkenntnis des Russen, noch des Franzosen etwas zu tun, sondern es ist nun einmal die durch das hitlerische Verbrechen-Regime ins Extrem gesteigerte typische deutsche Unart. H. St.

Beleuchtung des Lastenausgleich-Gesetzes

Vier Sekunden für einen Antrag

Die 25. Vollversammlung des Wirtschaftsrates hatte die Absicht, das 1. Lastenausgleichsgesetz zu verabschieden. Es blieb bei der Absicht. Durchgeführt wurde lediglich die 2. Lesung des Gesetzes, in der emsig gegen die sieben kommunistischen Änderungsanträge gestimmt wurde, die aus dem geplanten Lastenausgleich einen Lastenausgleich machen wollten. Die Kommunisten fordern u. a., daß die Kriegsverbrecher, Nutznießer des Naziregimes, Schieber, Arierisierungs- und Rüstungsgewinnler, Großgrundbesitzer enteignet und nicht noch vom Lastenausgleich bedacht werden. Sie wollten, daß nicht die kleinen Leute, sondern die Reichen zahlen sollten. Auch einen endgültigen Termin für den Lastenausgleich hatten sie vorgezogen, damit die Geschädigten nicht auf die nächste „Währungsreform“ vertrüsted werden. Alles in allem notwendige und fortschrittliche Anträge.

Diese Anträge wurden vom Plenum in Sekundenschnelle abgelehnt. Vier Sekunden war Rekord, was auf den besonderen Ernst schließen läßt, mit dem dieses — von Präsident Dr. Köhler „das wichtigste und entscheidendste Gesetz, das der Wirtschaftsrat zu verabschieden hatte“ genannt — behandelt wurde.

Bei diesen Blitzabstimmungen war die SPD-Fraktion dem Tempo der CDU und FDP nicht gewachsen. Im

Hokuspokus

Die Einwohner von Lorch wurden Zeugen eines seltenen Zauberaktes. Ein dort ansässiger Schuhhändler brachte es fertig, 1800 Paar Schuhe in ein Baumstück und ein Haus im Werte von 5000 bzw. 23 000 DM umzuwandeln. Vor mehr als zwei Jahren wurde bekannt, daß dieser Mann 1800 Paar Schuhe anzumelden „vergessen“ hatte. Das kostete ihn damals 600 RM. Eine Beschlagnahme der Ware unterblieb. Ausgegebenen Schuhbezugscheine wurden nicht eingelöst mit der Begründung, es sei nichts mehr vorhanden. Dann schielte die Sache ein und die damals „vergessenen“ Schuhe wurden erneut vergessen. Nun kamen sie in dieser Form wieder zum Vorschein. Die kleinen Leute von Lorch aber rechnen sich aus, wie es möglich sein könne, in fünf Monaten so viel Geld zu verdienen. „Das Baumstück und das Haus des Schuhhändlers haben wir finanziert“, ist ihre Ansicht.

mer wenn der Abstimmungsblitz eingeschlagen hatte, waren sie gelähmt, brachten keinen Arm hoch und enthielten sich der Stimme. Oder folgten sie dem Befehl ihres Fraktionsvorsitzenden Schötle, dessen temperamentvolle Erscheinung an diesem Tage vermißt wurde, niemals mehr mit den bösen Kommunisten zu stimmen, auch wenn es den Werktätigen dienen sollte?

Zwei von ihnen, der geschäftsführende Fraktionsvorsitzende Kriedemann und der Vizepräsident Dahrendorf zeigten sich hingegen allen Anforderungen gewachsen. Durch vieles gemeinsame Ueben mit der

CDU/CSU und FDP/LDP an solche Abstimmungen gewöhnt und dem Geiste Schöttles besonders vertunden, stimmten sie auch bei den rasantesten Abstimmungen mit Präzision gegen die fortschrittlichen Anträge der KPD. Ihr Platz hinter einer Säule gestattete ihnen, es nicht besonders auffällig werden zu lassen. Nachdem sie wie Schulbuben, die nicht recht wissen, ob sie die Antwort kennen, ihre Finger gehoben hatten, blickten sie ängstlich um sich, ob sie nicht etwa doch bemerkt worden waren. Das war die letzte Konzession an ihr Gewissen.

Agitation und Wirklichkeit

Wie lange noch Rechtsmachungen der Flüchtlinge?

Wieder einmal war die Flüchtlinge-Dr. Theiß im württembergisch-badischen Landtag. Treffend kennzeichnete der kommunistische Abgeordnete Leibbrand die Situation, indem er feststellte, daß zwar die Mehrheitsparteien des Landtages sehr gerne Agitationsreden für die Flüchtlinge halten, in der Tat ihnen aber alle staatsbürgerlichen Rechte verweigert haben und auch jetzt noch verweigern. Schon 1946, bei der letzten Landtagswahl, war in Baden-Württemberg ein großer Teil der Flüchtlinge bereits ansässig, durfte sich aber nicht an der Wahl beteiligen, weil das Wahlgesetz einen einjährigen Aufenthalt im Lande zur Bedingung gemacht hatte. Die Kommunisten wollten damals diese Bestimmung beseitigt wissen, ohne allerdings bei der Mehrheit des Landtages dafür Unterstützung zu finden. Auch die Fraktion des Herrn Dr. Theiß, die CDU, war gegen den kommunistischen Vorschlag.

Seit 1946 gab es verschiedene Möglichkeiten, den Flüchtlingen das staatsbürgerliche Recht der Mitwirkung in parlamentarischen Körperschaften zu geben. Möglichkeiten, die versäumt worden sind, wiederum durch die Haltung der Mehrheitsparteien. Sowohl bei der Bildung des Wirtschaftsrates für die Bizone, als auch bei der Bildung des parlamentarischen Rates für die Schaffung der westdeutschen Verfassung haben die Mehrheitsparteien des württembergisch-badischen Landtages zugestimmt, daß diese Körperschaften ohne Wahl durch das Volk gebildet wurden. Bei einer Urwahl, wie sie die Kommunisten verlangt

haben, hätten die Flüchtlinge die Möglichkeit gehabt zu wählen und ihre Vertreter selbst zu bestimmen. Genosse Leibbrand wies darauf hin, daß man sogar für den zukünftigen verfassunggebenden Landtag des Südwestdeutschen Staates nach den Plänen der Ministerpräsidenten wiederum keine direkte Wahl vorsieht und somit auch bei dieser Gelegenheit den Flüchtlingen ihre staatsbürgerlichen Rechte vorenthalten will.

Gegenüber dieser fortgesetzten Entziehung der Flüchtlinge bedeutet der Antrag Theiß, wie der Redner der Kommunistischen Partei betonte, nur einen sehr unbefriedigenden und unzulänglichen Ausgleich. „Wir sind aber bereit, auch diese Möglichkeit, so gering und unbefriedigend sie uns erscheint, zu unterstützen.“ Eine Lösung der Frage, wie sich die Mitwirkung der Flüchtlinge in Landtagausschüssen in der Praxis verwirklichen lassen, ließe sich bei gutem Willen auch finden nach Auffassung des Abg. Leibbrand; jedenfalls, die kommunistische Fraktion ist bereit, an einer solchen mitzuarbeiten. Die kommunistische Fraktion wird alles unterstützen, was auch nur im geringsten geeignet ist, den berechtigten Forderungen der Flüchtlinge auf Gewährung ihrer staatsbürgerlichen Rechte entgegenzukommen. Es liegt also an der Mehrheit des Landtages, um hier einen Fortschritt zu erreichen. Wenn bisher die volle staatsbürgerliche Gleichstellung der Flüchtlinge nicht verwirklicht wurde, so sind es für die Mehrheitsparteien des Landtages voll und ganz verantwortlich.

Was will unsere Jugend?

Froh leuchten wieder die Gesichter?

Unter obiger Überschrift lesen wir in der „Gewerkschaftsjugend“:

„Ein neuer Tag und eine neue Epoche begann mit dem Tag der Währungsreform. ... Stimmen über die guten und schlechten Seiten der Reform wurden laut und vornehmlich die Alten waren es, welche die Geldneuerung als ein fürchterliches Schreckgespenst hinstellten. ... Nur die Jugend litt und leidet unter all diesen Sorgen nicht. (17) ... Froh leuchten wieder ihre Gesichter, als die Reform proklamiert wurde — natürlich mit einigen Ausnahmen — denn nun hatte sie wieder Gelegenheit, durch ehrliche Arbeit ehrliches und gutes Geld zu verdienen.“ (18) Wundervoll, nur sieht die Wirklichkeit, wie jeder weiß, ein wenig anders aus. Der Kollege scheint noch nie davon gehört zu haben, daß heute ein großer Teil der Jugend darauf angewiesen ist, von ihren

Lehrlingslöhnen zu leben, oder ihre Angehörigen miternähren müssen. Es ist ihm wohl unbekannt, daß durch die sprunghaft ansteigenden Preise die paar Pfennige Lohn noch nicht einmal als Taschengeld genügt. Hat er etwa noch nie davon gehört, daß seit der Aufhebung des Lohnstopps die Unternehmer sich auf den Standpunkt stellen, die Kontrollratsbestimmungen über 50 Pfennig Mindestlohn pro Stunde für Jugendliche seien ebenso hinfällig geworden? Glaubt die Redaktion der „Gewerkschaftsjugend“ tatsächlich, daß die Gesichter der Mädel, die mit 15 bis 20 DM Wochenlohn auskommen sollen, „froheleuchten“, weil sie wieder „ehrliches und gutes Geld verdienen“? Was hat er z. B. zu den folgenden Beispielen aus unserer näheren Heimat zu sagen?

D. M. aus Mannheim ist 16 Jahre und verdient 30 Mark. Für Straßenbahn und Essen benötigt er 9,50 DM, so daß ihm 20,50 DM verbleiben. Als Vollwaise lebt er mit seinen Großeltern, wo er jeden Pfennig abgeben muß, da sie ebenfalls nur eine kleine Rente erhalten.

F. R. hat es besonders schwer. Sein Vater ist vermisst und er selbst hat mit 23 Jahren nach seiner Rückkehr aus Gefangenschaft begonnen, einen Beruf zu erlernen. Er verdient 80 DM im Monat, wovon er allein 40 DM für Miete und Straßenbahn benötigt. Wovon er Essen, Wäsche usw. bezahlen soll, scheint niemanden zu kümmern.

Diese Beispiele, die sich beliebig verlängern ließen, sollten wahrhaftig für jeden sozial denkenden Menschen Anlaß genug sein, sich einmal ernsthaft mit den Problemen und Forderungen der arbeitenden Jugend zu beschäftigen. Hundertprozentige Erhöhung der Lehrlingslöhne ist z. B. eine Forderung, über die bisher viel geredet, die aber immer noch nicht realisiert wurde. Ein Vertreter der Handwerkerkammer in Stuttgart war sogar der Ansicht, daß es

„Treffen der schaffenden Jugend“ verboten

Die Bochumer Jugendtagung, das „Treffen der schaffenden Jugend“, zu dem aus ganz Westdeutschland Jungarbeiter und -arbeiterinnen von Betriebs- und Organisationsgewählt waren, wurde durch die britische Militärregierung verboten.

Die „Freie deutsche Jugend“ (FDJ), die ihre Lizenz für dieses Treffen zur Verfügung gestellt hatte, weil die aufgestellten kulturellen, sozialen und politischen Forderungen, unter welcher die Konferenz stattfinden sollte, auf der Linie der von der FDJ vertretenen Grundrechte der jungen Generation liegen, erklärte zu diesem Verbot u. a.: „Dieses Verbot können nur die Kreise

veranlaßt haben, die in der Vergangenheit bereits bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutze der arbeitenden Jugend zu ergreifen. Das „Treffen der schaffenden Jugend“ konnte verboten werden — nicht aber der Kampf der Jugend für ihre Rechte.

Wir — die „Freie Deutsche Jugend“ — werden weiter mit allen Freunden in den Betrieben, Schulen, Jugendorganisationen und wo es immer auch sein mag, zusammenwirken für die Bewegung der jungen Generation, um Arbeit — Brot — Recht — Aufstieg.“

Einheit der Jugend — Einheit Deutschlands

3. Landesjugendtag der FJ Württemberg-Badens

Der 3. Landesjugendtag der Freien Jugendgemeinschaft Württemberg-Baden am 20./21. November in Stuttgart wurde zu einer Demonstration für die Einheit der Jugend und der nationalen Einheit Deutschlands. Die Verbundenheit der fortschrittlichen deutschen Jugend wurde durch zahlreiche Kampfessgrößen aus allen Zonen und durch die Anwesenheit von Vertretern der FDJ der franz. und brit. Zone dokumentiert.

Nach dem Hauptreferat Dr. Wolf Weitbrecht, welches die Aufgaben der jungen Generation im Kampf für „Arbeit — Brot — Recht — Aufstieg — für die schaffende Jugend“ aufzeigte und einer mehrstündigen, teils scharfen Diskussion, wurde fast einstimmig der bedeutungsvolle Beschlus gefaßt, die „Freie Jugendgemeinschaft“ in „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ), Landesverband Württemberg-Baden umzubenennen. Damit ist die fortschrittliche Jugend Württemberg-Badens nicht nur in

der Vergangenheit bereits bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutze der arbeitenden Jugend zu ergreifen. Das „Treffen der schaffenden Jugend“ konnte verboten werden — nicht aber der Kampf der Jugend für ihre Rechte.

Der Landesjugendtag stellte folgendes Kampfprogramm auf:
1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung ohne Unterschied des Alters und Geschlechts.
2. Mitbestimmung der Jugend in den Betrieben durch Gewährung des aktiven Wahlrechts zu den Betriebsratswahlen vom Tage der Beschäftigung an und des passiven Wahlrechts nach Vollendung des 18. Lebensjahres.
3. Hundertprozentige Erhöhung der Lehrlingsvergütung und deren Festlegung in Tarifverträgen
4. Verwirklichung eines fortschrittlichen Jugendarbeitsschutz- und Berufsausbildungsgesetzes.
5. Schaffung von Erholungsmöglichkeiten für die werktätige Jugend.

Schulungskursus für Jungkommunisten

Beginn am Mittwoch, 12. Januar 1949, abends 19.00 Uhr, in S. 3, 10. Dauer acht Wochen à 2 Stunden.

Thema: „Die Geschichte der Arbeiterbewegung“
Jugendgenossen und Jugendgenossen, beteiligt Euch zahlreich an diesem Kursus. Meldungen beim Kreisvorstand der KPD, Abt. Jugend.

heute für viele Betriebe „finanziell untragbar“ sei und notwendigerweise eine Einschränkung der Lehrlingsausbildung mit sich bringe. Als ob es nicht klar genug wäre, daß gerade die niedrigen Lehrlingslöhne immer mehr Jugendliche zwingen, als Hilfsarbeiter einige Pfennige mehr zu verdienen und so eine ernste Gefährdung unseres Fabrikwachstums bedeuten. Es scheint tatsächlich der Fall zu sein, daß sich von allen Parteien nur die KPD für diese Forderung einsetzt. Am 21. 9. reichte ihre Fraktion im Wirtschaftsrat einen Antrag ein, der die Festlegung des Mindestlohnes für Jugendliche und Frauen gerade wegen der Aufhebung des Lohnstopps auf 50 Pfennige verlangt. Aber selbst zu dieser minimalen Forderung hat der Wirtschaftsrat bis jetzt noch nicht seine Zustimmung gegeben. -Do-

Herausgeber: KPD Nordbaden Mannheim S. 3, 10. Verantwortl. für d. Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 3, 10. Tel.-Nr. 432 60. Druck: Mannheim G. o. b. druckerei Mannheim R. 1, 4-6 Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H. Mannheim, S. 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.

Das Paradies der Kinderträume

Angebot „ganz groß!“ — Preise noch größer

Feuchtkaltes Novemberwetter treibt die Menschen, die ihr Tagwerk vollendet haben, zur Elie. Der Schein grellbeleuchteter Schaufenster spiegelt sich in den regennassen Straßen. Vor den Schaufenstern der Spielwarengeschäfte drängen sich die Kinder trotz Kälte und Nässe. Märchenlandschaften, Puppen und andere herrliche Dinge, den meisten der Kleinen in den letzten Jahren nur aus Erzählungen bekannt, lassen die Herzen höher schlagen. Mit sehnsüchtigen Augen und geröteten Wangen wird ernsthaft im altklugen Ton darüber diskutiert, wieviel Tage es noch bis Weihnachten sind und welches der ausgestellten Spielzeuge man auf dem Gabentisch zu sehen hofft. Bei den größeren bewegen sich die Gespräche schon auf realerem Boden. „Gelt Mutti, wenn der Papa

Im Kaufhaus herrscht reger Betrieb. Schaulustige drängen sich von Tisch zu Tisch. In reichhaltiger Auswahl und raffiniertem Aufmachung locken die Erzeugnisse der Spielwarenindustrie. An den Verpackungstischen und Kassen jedoch ist nur mäßiger Betrieb. Die Preise sind derart hoch, daß nur wenige in der Lage sind, von dem Angebot Gebrauch zu machen. Für die Kinder der knapp begüterten bleibt das Ausgestellte eine Fata Morgana hinter Schaufenster und Preisschildern. Von einem Tisch, auf dem eine elektrische Eisenbahn in Miniaturausführung ausgestellt ist, schallt ein empörter Ausruf zu uns herüber. „Was, 49,50 kostet so ein Ding? Erlauben Sie mal, Fräulein, dafür muß mein Mann eine ganze Woche schuften. So etwas müßte verboten werden!“ Einige Frauen in der Nähe nicken zustimmend. Schnell hat man sich zusammengefunden und schimpft über die Preise. „Sehen Sie, die kleine Dampfmaschine, auch 49,50. Das ist doch unverschämte. Wer soll denn so etwas kaufen können!“ Der Geschäftsführer, sichtlich nervös, tritt heran und will beruhigen. „Es wird gekauft, meine Damen. Wir hatten Eisenbahnen zu 98,- DM, erstklassige Ausführung. Sie sind bereits ausverkauft.“ Weitere Erklärungen kann er sich ersparen. Ein Arbeiter sagte ziemlich laut: „Komm, wir gehen Olga, das ist hier wohl das „Jedermann-Programm für die Kinder der Reichen, nichts für uns“, und der kleine Aufrührer legte sich.



diese Gummibälle hier, sie kosteten früher vielleicht eine halbe Mark, heute müssen Sie das achtfache bringen. Oder hier der zweiflammige elektrische Kochherd, ein Traum für jedes Mädel, aber bei dem Preis von 42,- DM wird er nur ein Traum bleiben. Ebenso ist es mit den Puppen im Preis von 4,50 bis 26,- DM. Käthe Kruse-Puppen heute 48,- DM. Ich bin überzeugt, daß ein großer Teil davon noch nächsten Weihnachten hier liegt. Was überhaupt gekauft wird? Nun, in der Hauptsache sind es solche Teile, die wir früher als Pfingstartikel bezeichneten, die aber heute auch einige DM kosten.“ Eilig verläßt er uns, um am Nebentisch eine Streitfrage zu klären. Eine Frau, die einen etwa 20 bis 25 cm großen Teddybär in ihren Händen hält, will von der Verkäuferin unbedingt wissen, was bei dem Bär den Wert von 11,50 DM ausmacht. Die Einwände des Geschäftsführers tut sie mit einem Satz ab: „Ihnen ist wohl nicht gut? So ein ulkiges Ding konnte man früher an jeder einfachen Krämerbude für ein paar Mark kriegen.“ In der Abteilung für Christbaumschmuck ist es etwas ruhiger, aber auch hier werden Vergleiche gezogen und Rechnungen aufgestellt. Prüfend gleiten die Blicke der Besucher über die ausgestellten Weihnachtskugeln, die zum Preise von 3,75 bis 8,20 DM für den Karton ausgestellt sind. Trotzdem die „billige“ Sorte für 3,75 DM reichlich primitiv und unansehnlich aussieht, wird sie am meisten gekauft. „Geben Sie mir zwei Kartons von denen zu 3,75 DM“, entschließt sich eine Frau, die lange gezögert hatte. „Wissen Sie,



wieder mehr Geld bringt, dann kaufst es mir“, hör ich von einer Vierjährigen, der (A) hässlichen Sorgen nicht fremd zu sein scheinen.

Friedrich Engels

Zu seinem 128. Geburtstag am 28. November

Friedrich Engels, der große Kampfgenosse von Karl Marx, einer der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, Führer und Lehrer des Weltproletariats, wurde am 28. November 1820 in Barmen geboren.

Aus den Erinnerungen eines Freundes

Marx und Engels haben in unserem Jahrhundert das Ideal der Freundschaft verwirklicht, das die antiken Dichter malen. Von Jugend auf haben sie sich zusammen und parallel entwickelt, in der innigsten Gemeinschaft der Ideen und Gefühle gelebt, an der gleichen revolutionären Agitation teilgenommen, und so lange, als sie vereint bleiben konnten, haben sie auch zusammen gearbeitet. Wahrscheinlich hätten sie ihr ganzes Leben lang weiter zusammen gewirkt, wenn nicht die Ereignisse sie gezwungen, ungefähr zwanzig Jahre lang getrennt zu leben. Nach der Niederlage der Revolution von 1848 mußte Engels nach Manchester gehen, während Marx gezwungen war, in London zu bleiben. Sie führten dennoch fort, ihr gemeinsames Geistesleben fortzuleben, indem sie sich fast täglich ihre Ansichten über die politischen und wissenschaftlichen Tagesereignisse sowie ihre geistigen Arbeiten brieflich mitteilten. So wie sich Engels von seiner Arbeit freimachen konnte, beehrte er sich, Manchester zu verlassen

„Freilich“, erklärt uns der Geschäftsführer, „sind die Preise viel zu hoch, aber ich bin doch nicht verantwortlich dafür. Schauen Sie z. B.

Neue Wege zur Krebsforschung

Die klinische Erfahrung lehrt, daß der Krebs keine örtliche, sondern eine allgemeine Erkrankung ist, von der angenommen wird, daß bei der bösartigen Geschwulstbildung die Abwehrkräfte des Organismus versagen und die natürliche Ordnung der gesunden Zellbildung zerstört ist. Normalerweise unterliegt der Zellneubau im Körper dem regulierenden Einfluß der Drüsen und Hormone. Versagt deren Tätigkeit infolge Erkrankung oder Abnutzung, erfolgt die Zellneubildung regellos. Es bildet sich dann ein Geschwulst aus unreifen Zellen, die unbegrenzt wächst. Nach Mitteilungen der in München erscheinenden naturwissenschaftlichen Zeitung „Orion“ ge-

lang es jetzt, unter Berücksichtigung dieser neueren Erkenntnisse der Krebsforschung neue Wege aufzuzeigen, auf denen man zu einem wirksamen Mittel gegen den Krebs zu gelangen hofft. Man hofft, durch die weitere Erforschung der im Blut von Schwangeren enthaltenen Hormone, wie kürzlich auch die Medizinische Monatsschrift verlauten ließ, ein solches Mittel zu finden. Die dahingehenden Versuche stellen eine Erweiterung bereits angestellter Experimente des deutschen Arztes Adler dar, dem es gelang, durch die Zufuhr von sogenannten Zellbildderegulatoren im Blute von Hochschwangeren, bei zwei Kranken einen Brustdrüsenkrebs auszuhellen.

Der dankbare Löwe

Von Theodor Etzel

Ein Löwenjunges, dessen Eltern auf einem Raubzug erschossen worden waren, lag verschmachtend im Wüstensand. Ein Hottentotte fand das hilflose Tier und trug es in seine Hütte, wo er es mit Milch und Fleisch wieder zu Kräften brachte.

Die List des Postmeisters

Von Anton Tschewow

Die junge Frau unseres alten Postmeisters Sladkoperzeff wurde zu Grabe getragen. Wir begleiteten sie hinaus auf den Friedhof, dann begaben wir uns nach der Gepflogenheit unserer Großväter in die Wohnung des Postmeisters zum Totenschmaus. Als man die Palatschinken auftrug, begann der alte Witwer heftig zu schluchzen. „Die Palatschinken sind so rot, wie es auch die Verstorbene gewesen ist. So schön! Ganz so!“ „Wahrlich, wahrlich“, stimmten die Anwesenden bei, „sie war eine schöne Frau.“

„Das war sie... Ein jeder hat sie bewundert... Aber ich, meine Herren, habe sie nicht wegen ihrer Schönheit, nicht wegen ihrer Güte geliebt. Diese zwei Eigenschaften gehören zur Natur der Frauen, und man begegnet ihnen sehr häufig auf Erden. Ich habe andere ihrer seelischen Eigenschaften geliebt. Ich habe die Selbige, Gott schenke ihr ewigen Frieden, deswegen geliebt, meine Herren, weil sie — wenn sie auch von lebhafter und ausgelassener Art war, ihrem guten Mute dennoch treu geblieben ist. Sie war mir getreu. Die arme, obwohl sie erst zwanzig Jahre alt war, ich aber über neunundvierzig schon über sechzig hinaus! Sie blieb mir allem Mann treu.“

Der Diakonon, der mit uns aß, gab mit einem vielsagenden Husteln seinem Zweifel Ausdruck. „Ich sehe, Sie glauben es nicht, ich werde es Ihnen also beweisen. Ich habe die Treue in ihr auf verschiedene Arten aufrechterhalten. Mit einem strategischen Plan. So, wie ich meine Anordnungen getroffen habe, hätte mich meine Frau, selbst, wenn sie es gewollt hätte, nicht betrügen können. Ich habe mein Ehebett schlau verteidigt. Ich kenne ein Mittel...“ „Was mag das wohl für ein Mittel sein?“

1943 ging mein Schmuck bei einem Angriff zum Teufel“, erzählt sie der Verkäuferin. „Aber einmal muß man den Kindern doch wieder einen Baum bieten, wenn man sonst nichts schenken kann. Ja, eine Baumspitze geben Sie mir auch. Was, 3,50 DM? Warten Sie mal, Fräulein, das muß ich erst ausrechnen.“

Interessiert höre ich ihrem Geldgespräch zu. „Kugeln 7,50 DM, eine Spitze dazu macht 11,- DM; 1,50 DM wird der Baum kosten, macht 13,- DM, Lametta, Kerzenhalter und Kerzen dazu wird etwa 3,00 bis 4,00 DM kosten, macht 16,00 bis 17,00 DM.“ „Nee“, entschlossen bricht sie ihre Kalkulation ab und verläßt den Verkaufstisch. „Ich habe mein Geld doch nicht gestohlen.“ Auch wir verlassen das Geschäft. Noch immer drängen sich die Kinder vor den Scheiben, hinter denen für sie das Märchenland ihrer Wünsche liegt. Wünsche, die niemals ihre Erfüllung finden werden, so lange nicht das Mißverhältnis zwischen den Löhnen und Preisen beseitigt ist.

Der dankbare Löwe

Von Theodor Etzel

Ein Löwenjunges, dessen Eltern auf einem Raubzug erschossen worden waren, lag verschmachtend im Wüstensand. Ein Hottentotte fand das hilflose Tier und trug es in seine Hütte, wo er es mit Milch und Fleisch wieder zu Kräften brachte.

Die List des Postmeisters

Von Anton Tschewow

„Ein sehr einfaches. Ich verbreite in der Stadt ihren schlechten Ruf. Ihr kennt ihn ja auch selbst. Ich erzählte allerorten: „Meine Frau hat ein Verhältnis mit dem Polizeipräsidenten Aleksejewitsch Salichwatzki.“ Das genügt. Nicht eine einzige Seele hatte mehr den Mut, meiner Aljona den Hof zu machen.“

„Sie hat also mit Iwan Aleksejewitsch gar kein Verhältnis gehabt?“ fragten wir alle ganz überrascht. „Natürlich nicht... ich selbst habe mir die Sache ausgedacht. He-hehe. Nun, ihr jungen Leute, habe ich das nicht gut gemacht. Nicht wahr, gu?“

Drei Minuten vergingen unter vollster Stille. Wir saßen und schwiegen — es war beleidigend und auch ärgerlich, daß dieser dicke Alte mit der roten Nase uns so abgetrumpft hatte. „Na wartet, du wirst schon noch einmal heitern!“ brummte jemand vor sich hin...

Ein Geschäftsbrief

Ein Viehhändler schreibt an seinen Kunden: „Ich kann erst morgen nach dort kommen, da der Personenzug keine Ochsien mitnimmt. Alle Schweine werden auf dem Bahnhof sein, weshalb ich Sie auch erwarte. Wenn Sie Ochsien brauchen, denken Sie an mich!“

Zwei Maler „Ich sage Ihnen, Herr Kollege, ich habe mal zu Hause einen Spinnennetz an die Decke gemalt, daß das Dienstmädchen sich eine Stunde lang vergebens bemühte, es abzufegen.“

„Das ist gar nichts, mein Lieber. Ich habe mal auf einen Stein eine Hammeule gemalt, und diese Täuschung hat mein Hund erst gemerkt, als er schon den halben Stein aufgefressen hatte.“

Unter Rauchern

„Ich rauche nur noch Zigaretten, Pfeife ist mir zu teuer.“ „Pfeife rauchen ist doch billiger als Zigaretten.“ „Das schon, aber eine Pfeife bietet mir niemand an.“

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Billiger Traubenzucker für Professor Erhard

Ich arbeite in der deutschen Bergbau-Abteilung Traubenzuckerfabrikation. Mir fiel ein Bestellschein in die Hände vom 17. September 1948, nach welchem Herr Prof. Erhard 16 Viertelkilo Traubenzucker bester Qualität bestellt hat. Ist Herr Prof. Erhard krank, oder will er feststellen, ob man den Traubenzucker noch teuer verkaufen kann? Andere Leute müssen ärztliche Atteste beibringen und ihren Traubenzucker in der Apotheke kaufen. Prof. Erhard will ihn direkt von der Fabrik zum Einkaufspreis beziehen. L., Mannheim.

Der größte U-Bahnhof der Welt

Der größte U-Bahnhof der Welt wird zur Zeit unter dem Kommando des Moskauer Bauamts auf dem Bahnhof sollen 100 000 Personen stündlich abgefertigt werden können.

Sie treiben die Menschen zur Verzweiflung

In der „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 20. November 1948 ist ein Erlaß vom Präsident des Landesfinanzamtes Baden in Karlsruhe herausgegeben worden über die Kirchensteuererhöhung und Nachzahlung vom 21. Juni 1948 ab. Es ist ein Hohn wie man mit dem deutschen Arbeiter herumspringt. Jetzt vor Weihnachten ist es eine große Härte, wo die Menschen nicht einmal Geld haben für Kartoffeln, Kohlen und ihre sämtlichen notwendigen Lebensmitteln. Es wird so schön gepredigt, Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Aber diese Steuererhöhung treibt die Menschen zu Unfrieden, Verzweiflung und Selbstmord.

A. H. Rohrbach

Eberbacher Echo

Unter obiger Bezeichnung bringt die „RNZ“ laufend recht eigenartige Berichte, die bei vielen Eberbachern berechtigtes Kopfschütteln erregen. So sind die Berichte über die Eberbacher Stadtratsitzungen, sowie über die politischen und kulturellen Veranstaltungen besonders eigenartig.

Die Anträge der KPD finden im Eberbacher Echo der „RNZ“ kein Echo. So hat in Anbetracht dessen, daß Eberbach die waldrichste Gemeinde in Nordbaden ist, die KPD die Zuweisung von vier Ster Brennholz für jeden Haushalt beantragt. Die KPD verlangt ferner die endliche Instandsetzung der Straße „Neuer Weg“, die sich in einem ungläublichen Zustand befindet und täglich von Tausenden Bewohnern und Hunderten von Arbeitern und Angestellten aus Betrieben passiert werden muß.

Ein besonderes Kapitel ist der Wohnungsbau in Eberbach. Die „RNZ“ berichtet großzügig über Fachwerkrenovierung an der Front gewisser Häuser am „Neuen Markt“. Wir sind der bescheidenen Meinung, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser dringlicher wäre. Eberbach, das vor dem Kriege 7080 Einwohner hatte, zählt heute mehr als 11 000. Wir teilen nicht die Ansicht der „RNZ“, daß den Eberbachern gedient wäre, wenn das Aufbautempo so weitergehen würde. Jedenfalls ist nicht der arbeitenden Bevölkerung gedient, die in Eberbach in der Mehrheit ist.

Kommunistische Partei Eberbach

Der Sport in Zahlen

Süddeutsche Oberliga:

VfR Mannheim	— Kickers Offenb.	1:1
Sia. garter Kickers	— SV Waldhof	2:2
VfB Mühlb.	— 1. FC 08 Schweinf.	0:0
FSV Frankfurt	— BC Augsburg	3:1
1860 München	— Eintr. Frankfurt	3:1
TSG Ulm	— VfB Stuttgart	1:1
Schwaben Augsburg	— 1. FC Rödellh.	1:1
Kickers Offenbach	11 9 2 0	20:2
1860 München	11 6 2 3	14:8
VfR Mannheim	11 5 4 2	14:8
Bayern München	10 4 4 2	12:8
VfB Stuttgart	10 4 3 3	11:9
1. FC 08 Schweinf.	11 4 3 4	11:11
SV Waldhof	9 4 2 3	10:9
Schwaben Augsburg	10 3 4 3	10:10
Stuttgarter Kickers	10 3 4 3	10:10
Eintr. Frankfurt	11 4 2 5	10:12
FSV Frankfurt	11 4 2 5	10:12
VfB Mühlb.	10 2 5 3	9:11
1. FC Nürnberg	10 3 3 4	9:11
BC Augsburg	10 3 3 4	7:13
1. FC Rödellh.	11 2 2 7	6:16
TSG 46 Ulm	11 1 2 8	4:18

Badische Landesliga:

VfB Knielingen	— SpVg. Sandt.	0:3
VfR Pforzheim	— Phön. Karlsruhe	1:1
1. FC Pforzheim	10 8 2 0	18:2
ASV Durlach	10 8 1 1	17:3
VfL Neckarau	9 7 0 2	14:4
ASV Pforzheim	8 3 3 2	9:7
Germ. Brötzingen	8 4 1 3	9:7
Germ. Friedrichsf.	9 4 1 4	9:9
Amic. Viernheim	9 3 2 4	8:10
Phönix Karlsruhe	10 2 4 4	8:12
SpVg. Sandhofen	10 3 2 5	8:12
VfR Pforzheim	10 2 3 5	7:13
TSG Röhrlach	9 1 4 4	6:12
SV 98 Schwetzingen	10 2 2 6	6:14
VfB Knielingen	10 1 1 8	3:17

Handball:

TSV Ro'h	— VfL Neckarau	2:5
SKG Br'nau	— SpVg. Ketsch	7:3
TSG 62 Weinheim	— SV Waldhof	4:4
TSV Bulach	— TSV Betschheim	7:8
TSV Bretten	— SG St. Leon	4:10
VfL Neckarau	10 9 0 1	18:2
SG St. Leon	10 7 2 1	18:4
TSV Rot	10 6 1 3	13:7
SpVg. Ketsch	10 4 3 3	11:9
SKG Br'nau	10 5 0 5	10:10
SV Waldhof	10 4 2 4	10:10
62 Weinheim	9 4 2 3	10:8
TSV Betschheim	10 2 0 8	4:16
TSV Bretten	10 2 0 8	4:16
TSV Bulach	9 1 0 8	2:16



Er rannte mit dem Zug um die Wette

Weltrekordmann Zatopek nahm es mit einer Lokomotive auf

In diesen Tagen verheiratete sich Emil Zatopek, Weltrekordmann im 10 000-m-Lauf und Olympiasieger 1948, mit Javeline Thrower, der tschechischen Meisterin im Speerwerfen. Beide Gatten besitzen eigentümlicherweise das gleiche Geburtsdatum: 19. September 1922. Von Zatopek erzählt man sich folgende amüsante Story:

Ein Zug fährt auf dem Bahnhof Lissa, einer unbedeutenden Station in der Tschechoslowakei, ein. Ein kleiner Leutnant, der zuvor mit zusammengekniffenen Augen aus dem Abteilfenster heraus versucht hat, die Schlagzeilen auf den Zeitungen am Kiosk zu entziffern, steigt aus. Dann geht er mit schlenderndem Schritt an seinem Wagen entlang dorthin, hält sich längere Zeit damit auf, die neuesten Meldungen den verschiedenen Zeitungen zu entnehmen, zückt seine Börse und wählt sich etliche Zeitungen und Magazine aus. Während er bezahlt, setzt sich der Zug in Bewegung und als er wieder seinem Abteil zustreben will, muß er erkennen, daß der Zug für ihn in unerreichbare Weite entrückt ist. Damit aber auch sein neuer Loketzkoffer, der friedlich im Gepäcknetz des Abteils die Reise fortsetzt.

Dieser Koffer aber findet bald die Aufmerksamkeit eines im gleichen Abteil reisenden Kapitäns, der sich seiner annimmt.

Als der Zug auf der zehn Kilometer entfernten Station von Milowice einläuft, glaubt dieser Hauptmann jedoch nicht seinen Augen zu trauen. Er könnte schwören, daß der junge Leutnant, der dort auf dem Perron wartet, dem anderen auf ein Haar

SPORTECHO

VfR - Kickers Offenbach 1:1

Schiedsrichter nicht gegeben wurde. Bis zum Schlußpfiff hatten beide Mannschaften noch Gelegenheit, das Resultat zu verbessern, aber es blieb beim 1:1.

Fünf Unentschieden in der Oberliga

Offenbach blieb weiterhin ungeschlagen und steht mit zwei Verlustpunkten ungefährdet an der Spitze. — Bei den übrigen Spielen der Oberliga gab es nicht weniger als vier Unentschieden, so daß wohl mancher Tip über den Haufen geworfen wurde. — Der kommende Sonntag bringt für Mannheim das Treffen Waldhof — Rödellheim, das einen sicheren Waldhofsieg bringen wird. — In Karlsruhe, wo sich VfR Mannheim und VfB Mühlb. die Klängen kreuzen, ist die Voraussage nicht so einfach. Trotzdem wollen wir auf einen knappen VfR-Sieg tippen. Die übrigen Begegnungen sehen folgendermaßen aus: Eintracht Frankfurt — Stuttgarter Kickers,

VfR - Kickers Offenbach 1:1

Vor 20 000 Zuschauern wickelte sich ein jederzeit mit Spannung geladener Spielverlauf ab. Dem VfR war es nicht vergönnt, den Offenbachern die erste Niederlage bezubringen, so daß dieselben nur einen Punkt in Mannheim lassen mußten.

Offenbach begann das Spiel mit schnellen und gefährlichen Angriffen, begünstigt durch eine gewisse Unsicherheit der VfR-Hintermannschaft. Nach einer halben Stunde Spieldauer felen dann kurz hintereinander die beiden Tore. Offenbachs Linksaußen Weber erzielte nach Zuspiel Schreiners und vorhergegangenem schlechter Abwehr Rößlings den Führungstreffer. Schon fünf Minuten später fiel im Anschluß an einen von Keulerbeher getretenen Strafstoß durch de la Vigne der Ausgleich. In der zweiten Hälfte war der VfR dauernd leicht überlegen und konnte auch durch de la Vigne ein zweites Tor erzielen, das aber wegen angeblichem Abseits vom



Boxen - ein Geschäft

Emil Jung enthüllt

Der Fall Emil Jung zieht immer weitere Kreise. Emil Jung, der Boxmanager und Schwiegervater des deutschen Schwergewichtsmeisters Heinz ten Hoff, ist von der Sportaufsicht der Berufsboxer durch ein Ehrengericht auf Lebenszeit aus dem deutschen Berufsboxsport ausgeschlossen worden.

Matt in zwei Zügen

7. Breiter

Kontrollstellung: Weiß: Rd1, Dc7, Td4, g6, Sb5 (5 Steine); Schwarz: Rd5, Td7, d8, Se2, f3 (5 Steine). Für unsere Problemfreunde bringen wir heute einen baurnissen Zweizüger, ein Spiel mit der Schachgefahr.

Hein ten Hoff

eine Million Dollar wert

Hein ten Hoff, der deutsche Schwergewichtsmeister, der in Deutschland erst dann wieder boxen will, wenn der deutsche Berufsboxsport rehabilitiert ist, hat inzwischen einen zweijährigen Vertrag nach Amerika unterschrieben. „Ten Hoff sei der Typ des in Amerika gefragten Boxers“, erklärte der amerikanische Boxmanager Lew Burston. Der deutsche Meister wird auch in USA seinen Weg machen, meinte er und stellte sogar einen Kampf um den Weltmeistertitel mit Joe Louis in Aussicht.

Der Vertrag mit Hein ten Hoff bedeutet für mich eine Million Dollar, denn Hein ten Hoff ist mindestens so viel wert. Mit diesen Worten schon der USA-Manager den Vertrag in die Tasche. Boxen ist ein gutes Geschäft.

Schach

Schachländerkampf Baden-Pfalz

Im Schachländerkampf Baden-Pfalz siegte Baden mit dem Resultat 11½:8½. Das 1. Brett endete mit Remis und am zweiten und dritten Brett konnte Pfalz als Sieger hervorgehen.

3. Runde um die Bezirks-Mannschaftsmeisterschaft

A-Klasse: Mannheim 1865 — Mannheim 1910 3:5; Feudenheim — Weinheim 2:4, 2 Hängepartien; Waldhof — Pfingsberg 7:1; Neckarau — Sandhofen 5½:2½.

Jugend-Stadtsmeisterschaft

Um die Stadtsmeisterschaft der Jugend kämpften 20 Jugendliche und Schüler. In der ersten Runde, die am 20. November 1948 stattfand, konnten sich die Favoriten durchsetzen. Die zweite Runde findet am 4. Dezember 1948 statt. Näheres werden wir noch an dieser Stelle berichten.

Matt in zwei Zügen

7. Breiter
Kontrollstellung: Weiß: Rd1, Dc7, Td4, g6, Sb5 (5 Steine); Schwarz: Rd5, Td7, d8, Se2, f3 (5 Steine). Für unsere Problemfreunde bringen wir heute einen baurnissen Zweizüger, ein Spiel mit der Schachgefahr.

Die Spielabende des Mannheimer Schachklub 1910 finden jeden Dienstag und Freitag, abends 19 Uhr, im Lokal Rösch, Langstraße 79, statt. Gäste sind willkommen.

trag nach Amerika unterschrieben. „Ten Hoff sei der Typ des in Amerika gefragten Boxers“, erklärte der amerikanische Boxmanager Lew Burston. Der deutsche Meister wird auch in USA seinen Weg machen, meinte er und stellte sogar einen Kampf um den Weltmeistertitel mit Joe Louis in Aussicht. Der Vertrag mit Hein ten Hoff bedeutet für mich eine Million Dollar, denn Hein ten Hoff ist mindestens so viel wert. Mit diesen Worten schon der USA-Manager den Vertrag in die Tasche. Boxen ist ein gutes Geschäft.